

# Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Insetate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4933

Berlin, 11. Februar 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 6

## Wir brauchen Arbeit!

Sechseinhalb Millionen Menschen sind arbeitslos. Jede dritte Person ist arbeitslos, so erfahren wir aus der amtlichen Statistik. In Wirklichkeit ist die Zahl der Arbeitslosen bedeutend höher. Die Zahl derjenigen, die von jeder Unterstützung ausgeschlossen sind, geht in viele Hunderttausende. Auch alle Jugendlichen, die von ihren Eltern versorgt werden oder Unterstützung erhalten, bekommen keine Hilfe. Wie lange wird dieses Elend noch bestehen? Wann werden sich endlich diejenigen Kreise bemühen, Vorkehrungen zu treffen, die auf eine Belebung der Wirtschaft hinzielen? Bis jetzt müssen wir leider wahrnehmen, daß nichts geschehen ist. Alle Vorschläge der freien Gewerkschaften, das Arbeitsvolumen durch eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf eine größere Anzahl von Menschen zu verteilen, wurden von der Regierung nicht beachtet. Nun soll sich nach einer Pressemeldung der Reichskanzler zu der Ueberzeugung durchgerungen haben, daß unbedingt in dieser Beziehung etwas geschehen müsse. Es ist allerhöchste Zeit! Wer aber die Tatenlosigkeit der Regierung kennt, der wird diesen Worten noch lange keinen Glauben schenken.

Die bisher von der Regierung getroffenen Maßnahmen, durch die Bestimmungen in den Notverordnungen, haben nicht im geringsten zur Besserung der Wirtschaftslage beigetragen. Wir müssen im Gegenteil feststellen, daß in der Zeit der Notverordnungen von Monat zu Monat sich die Beschäftigungskurve tiefer gesenkt hat. Was die Regierung bisher getan hat, liegt lediglich auf dem Gebiete der diktatorischen Verschlechterungen der Sozialversicherungsgesetzgebung und des Lohnabbaues auf Staatskommando. Bei den Bestrebungen, die Interessen des Unternehmertums durchzuführen, wurde nicht im geringsten eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt ausgelöst. Dafür ist aber eine riesenhafte Steigerung der Arbeitslosenziffer eingetreten. Wenn die Regierung glaubt, mit diesem diktatorischen Eingriff in die soziale und wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klasse könne sie die Wirtschaft wieder beleben, so müßte sie längst zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß sie auf einem falschen Wege ist.

Längst wurde von den Gewerkschaften die Vierzigstunden- bzw. die Fünftagewoche gefordert. Der Achtstundentag ist durch die moderne Technik und durch die kapitalistischen Rationalisierungsmethoden überholt. Als diese Forderung der Regierung unterbreitet wurde, wäre es möglich gewesen, die Entlassung vieler Hunderttausender von Arbeitskräften zu verhindern. Wenn noch in diesem Zusammenhang festgestellt werden muß, daß gleichzeitig täglich Hunderttausende von Ueberstunden in fast unbegrenztem Umfang geleistet werden, so braucht sich niemand über die fortwährende Zunahme der Arbeitslosenziffer wundern.

In den Amtsstuben der Ministerien bestehen jedoch andere Meinungen. Dort wird versucht, unbrauchbare Pläne für Notstandsarbeiten und für den freiwilligen Arbeitsdienst anzufertigen. Die Stellung der Gewerkschaften zu dem freiwilligen Arbeitsdienst ist bekannt. Er muß schon deshalb verworfen werden, weil damit keineswegs die große Frage der Arbeitsbeschaffung gelöst wird. Unermeßlicher Schaden kann aber durch den freiwilligen Arbeitsdienst angerichtet werden, durch die Vergeudung hierfür bereitgestellter Mittel in unsinnigster und unproduktivster Weise. Ist etwa damit dem Elend der Arbeitslosigkeit beizukommen, wenn festgestellt ist, daß knapp  $\frac{1}{4}$  v. H. der Arbeitslosen bei Notstandsarbeiten beschäftigt werden?

Der Bürokratismus sieht aber darin einen bedeutenden Fortschritt.

Die Ingangsetzung des Wirtschaftslebens hängt, wie wir schon so oft feststellen konnten, von der Erhaltung der Kaufkraft ab. Betrachten wir uns daher näher die Unkosten der Weltwirtschaftskrise. Nach einer kürzlich erfolgten Feststellung des früheren Finanzministers Hilferding kostete Deutschland das Krisenjahr 1931 allein 16 bis 26 Milliarden Mark. Neben dem fürchterlichen Druck auf das Arbeitsvolumen der Industriearbeiterschaft, das nur 60 Proz. seines Umfanges vom Jahre 1929 betrage, habe sich das Einkommen der Beamten, der Rentner, der Landwirtschaft, die sonst von einer Krise wenig berührt wurden, sehr stark verringert. Es wurde ziffermäßig eine Kürzung des Gesamteinkommens der Arbeiter, Angestellten und Beamten vom Jahre 1929 an um 9 bis 10 Milliarden Mark berechnet. Wenn weiter die Ausschaltung von  $6\frac{1}{2}$  Millionen Menschen aus dem Arbeitsprozeß und der hierfür in Frage kommende Lohnausfall in Betracht gezogen wird, so ergäbe sich mit ziemlicher Sicherheit, daß in den letzten zwei Jahren ein Produktionsausfall von 120 bis 130 Milliarden Mark entstanden ist.

Es wird aber nicht das geringste unternommen, um diese enorme Summe an Produktionsausfall rückgängig zu machen. Das Gegenteil kann in allen Situationen wahrgenommen werden. Eine unerhörte Anspannung der Zollsätze zum einseitigen Schutz einer interessierten Gruppe der Landwirtschaft wird vorgenommen. Diese Hochschutzzollpolitik führte wiederum dazu, daß in allen Ländern Absperrungsmaßnahmen durch Zollerhöhungen auf die Einfuhr von Exportwaren vorgenommen werden. Wir können das wahrnehmen von England, Frankreich, Amerika und vielen anderen Ländern, die mit dem gleichen Maße gemessen hatten wie Deutschland. Wer aber glauben wird, durch diese Politik werde es möglich, den Außenhandel steigern zu können, der ist bestimmt auf dem Holzwege. Sobald sich alle Länder mit hohen Zollmauern gegen die Auslandskonkurrenz abschließen, muß eine Schrumpfung der Umsätze auf dem Weltmarkt eintreten. Mehr und mehr wird der Inlandsmarkt für diese Länder zum Hauptabsatzgebiet. Das ist heute schon besonders von Deutsch-

land festzustellen, wo vier Fünftel der erzeugten Industrieprodukte und Waren im Inland Absatz finden. Der Inlandsmarkt ist jedoch nicht aufnahmefähig durch die diktatorisch gedrosselte Kaufkraft und die Regierung erweist sich als ohnmächtig, die Warenpreise mit dem gesenkten Lohn- und Gehaltseinkommen in Einklang zu bringen. Heute steht fest, daß die Bemühungen des Kommissars für Preisüberwachung Sisyphusarbeit werden. Preissenkungen können nur dann erfolgreich durchgeführt werden, wenn mit der unsinnigen Zollpolitik Schluß gemacht wird. „Hat der Bauer Geld, so hat es die ganze Welt“ trifft nur bedingt zu. Der Landwirt benötigt ein großes Absatzgebiet und das ist in der Hauptsache in den Großstädten und in den Industriezentren. Wenn aber die Lebenshaltung der arbeitenden Masse auf die niedrigste Stufe gesenkt wird, dann nützen dem Bauer hohe Zölle nichts, weil er für seine Produktion keinen Absatz findet.

Mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung hängt auf das engste die Agrarpolitik der Regierung zusammen. Die Preisgestaltung muß in Einklang mit der Kaufkraft gebracht werden. Dem Unternehmertum wurde weitest gehend Rechnung getragen und in allen Notverordnungen sehen wir vornehmlich, daß seine Wünsche erfüllt wurden. Endlich muß die Regierung als vordringlichste Aufgabe anerkennen, den Arbeitslosen die Wege nach den Betrieben freizumachen.

Dazu ist sie in der Lage. Deutschland braucht durch das Uebereinkommen die Milliarden für Reparationsverpflichtungen nicht zu bezahlen. Durch private Vereinbarungen sind außerdem die Auslandskredite festgelegt. Enorme Summen verbleiben der Regierung und Industrie, mit denen sie ermöglichen kann die Wiederbelebung des Inlandsmarktes und somit Arbeitsmöglichkeit für Millionen Menschen. Wird endlich die Regierung nach dieser Richtung ihre Macht zur Geltung bringen? Die Arbeiterschaft erwartet dringend, daß Arbeit beschafft wird. Sie will endlich Taten sehen und duldet nicht länger den entsetzlichen Zustand grauenhafter Verelendung und Not.

## Hammerschaften kampfbereit

Gegen Diktatur, Faschismus und Gesinnungsterror

Im Rahmen der „Eisernen Front“ haben sich in allen größeren und vielen kleinen Betrieben „Hammerschaften“ gebildet, die in erster Linie die Aufgabe haben, die Betriebe gegen Naziwillkür und Putschversuche zu schützen. Mit einer Begeisterung wie nie zuvor wurde die Formierung dieser Kampfstaffel durchgeführt. Ob dieser Rührigkeit ist den Gegnern der Arbeiterschaft bereits das Herz in die Hosen gerutscht. Sie jammern in allen Tonarten über die von der Arbeiterschaft an den Tag gelegte Aktivität, in der sie Vorbereitungen zur Revolution erblicken. Diese schlotternde Angst ist allzu begreiflich, denn das reaktionäre Bürgertum hat sich bereits darauf eingestellt, daß Hitler an die Macht kommt und die Demokratie beseitigt. Er und seine Trabanten haben Tag für Tag erklärt, daß die Mehrheit des deutschen Volkes hinter der Nazipartei steht und die Machtübernahme kurz bevorstehe. Daß daran nicht zu denken ist, hat die Bildung der „Eisernen Front“ klar und eindeutig gezeigt. Deshalb auch die Wut, die geboren ist aus einer grenzenlosen Enttäuschung.

Den Kommunisten ist mit der Bildung der „Eisernen Front“ natürlich ebenfalls das Konzept verdorben worden. Sie warteten mit Sehnsucht auf den Tag, an dem Hitler zur Macht gelangt. Sie haben nichts unversucht gelassen, um dem Faschismus die Wege zu ebnen. Sie bekämpfen auch jetzt die „Eiserne Front“ mit den gemeinsten Mitteln. Unter anderem behaupten sie, daß das Großkapital dahinter steht. Wir lachen ob dieser Begeiferung.

Eine andere wichtige Aufgabe, die die „Hammerschaften“ zu leisten haben, ist, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, welche Unternehmer offen oder versteckt mit den Nazis sympathisieren und dabei soweit gehen, ihre Arbeiterschaft zu zwingen, sich in die Nazifront einzureihen. Den Unternehmern sind Betriebsleiter oder ähnliche aufsichtführende Personen gleichzusetzen. Ihnen wird dann plausibel gemacht werden, daß es aus ist mit ihrem Traum vom „Dritten Reich“.

## Wochenschau

**Reichstag und Präsidentenwahl. — Reichsregierung gegen Währungsexperimente. — Kosten des Wiederaufbaus Frankreichs. — Frauen für Abrüstung. — Um die Neuregelung der Fürstenabfindungen. — Geldgeber der Nazis. — Aufgedeckter Schwindel der Hitlerei. — Neues Aktenmaterial über Nazis.**

Mitte Februar wird der Reichstag wegen der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl zu einer kurzen Sitzung zusammentreten. Als Wahltermin ist endgültig der 13. März vorgesehen. Der Reichsinnenminister hat die Länderregierungen bereits telegraphisch davon unterrichtet, daß die Ausschreibung der Präsidentenwahl in nächster Zeit erfolgt.

Den Gerüchten einer Umgestaltung der gesetzlichen Grundlage der Währung begegnet die Reichsregierung und betont, daß sie mit der Reichsbank der Meinung sei, daß alle Währungsexperimente abzulehnen sind. Es ist keinerlei Veränderung des Reichsbankgesetzes beabsichtigt.

Nach einer amtlichen Verlautbarung hat Frankreich bis zum 1. April 1931 97 881 Milliarden Franken aufgebracht, um die durch den Krieg am Privateigentum angerichteten Schäden wieder gutzumachen. Dazu kommen noch 5 Milliarden Franken nicht-bezahlter Schäden, so daß die Gesamtsumme 102 881 Milliarden Papier-Franken betrage. Nach den Buchungen der Reparationskommission und den Ausweisen der BIZ. zahlte Deutschland bisher 8151 Millionen Reichsmark Entschädigung, wovon 5165 Millionen Reichsmark auf das Reparationskonto entfallen.

Die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ teilt mit, daß aus Anlaß der am 2. Februar begonnenen Abrüstungskonferenz in Genf in England 2 Millionen Frauen-Unterschriften für die Abrüstung gesammelt wurden. In Amerika aber weit über 4 Millionen und in Frankreich 1 Million. Den prozentual stärksten Erfolg wies die Schweiz auf, der einem Drittel der Gesamtbevölkerung entspricht.

Der Rechtsausschuß des Reichstages nahm die Einzelberatungen des sozialdemokratischen Antrages auf Neuregelung der Fürstenabfindung auf, wobei durch das vorgetragene Material der Wunsch des Volkes auf Aufhebung der Renten für abgetakelte Fürsten völlig gerechtfertigt wurde.

Das französische Kammermitglied Paul Faure teilte mit, daß zu den Geldgebern der Nazis auch die tschechischen Skoda-Werke gehören, deren Aktienmehrheit sich in den Händen des französischen Munitionsfabrikanten Schneider-Creuzot befinden.

Nach amtlichen Dokumenten der Thüringer Staatsregierung, die der Reichsregierung überreicht wurden, ernannte der Etappenkrieger Frick in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident den staatenlosen und aus Oesterreich desertierten Hitler zum Gendarmeriekommissar in — Hildburghausen! Diese Schiebung sollte dem Zweck dienen, Hitler zur deutschen Staatsbürgerschaft zu verhelfen. Hitler wollte über den Posten als Gendarm in einer thüringischen Kleinstadt zum deutschen Reichspräsidenten avancieren. Ueber diese nationalsozialistische Köpenickiade, die Hitler arg blamiert hat, wird reichlich gelacht.

Dem Reichsinnenminister, der Reichsregierung, dem Reichspräsidenten und der preußischen Staatsregierung wurde neues Aktenmaterial überreicht, aus dem hervorgeht, daß in der letzten Zeit 363 planmäßig vorbereitete Verbrechen durch die Hitlerbanditen verübt wurden.

## Senkung der Bierpreise

Die Verfügung des Preiskommissars.

Auf Grund der besonderen Befugnisse des Preisüberwachungskommissars ist von diesem folgende Anordnung getroffen worden:

1. Die nichtgebundenen Preise der Brauereien für Vollbier werden mit Wirkung vom 6. Februar 1932 ab um zwei Mk. für das Hektoliter gegenüber dem Stande vom 8. Dezember 1931 gesenkt.

2. Die Ausschankpreise in Gaststätten werden gegenüber dem Stande vom 8. Dezember 1931 mit Wirkung vom 6. Februar 1932 ab mindestens wie folgt gesenkt:

a) soweit nach den bisherigen Ausschankpreisen das  $\frac{1}{20}$  Liter für die betreffende Maßeinheit mit höchstens vier Pfennig berechnet wurde, ist der Ausschankpreis zu senken:

bei Gefäßen bis  $\frac{7}{20}$  Liter Inhalt . . . . . um 1 Pf.  
bei Gefäßen von  $\frac{7}{20}$  und  $\frac{1}{2}$  Liter Inhalt um 2 Pf.  
bei Gefäßen von  $\frac{1}{2}$  Liter Inhalt . . . . . um 3 Pf.  
bei Gefäßen von 1 Liter Inhalt . . . . . um 4 Pf.

b) Soweit nach den bisherigen Ausschankpreisen das  $\frac{1}{20}$  Liter für die betreffende Maßeinheit mit höchstens 5 Pf. berechnet wurde, ist der Ausschankpreis zu senken:

bei Gefäßen bis  $\frac{9}{20}$  Liter Inhalt . . . . . um 1 Pf.  
bei Gefäßen von  $\frac{9}{20}$  und  $\frac{7}{10}$  Liter Inhalt um 2 Pf.  
bei Gefäßen von  $\frac{9}{20}$  und  $\frac{1}{2}$  Liter Inhalt um 3 Pf.  
bei Gefäßen von  $\frac{1}{2}$  Liter Inhalt . . . . . um 4 Pf.  
bei Gefäßen von 1 Liter Inhalt . . . . . um 6 Pf.

c) Soweit nach den bisherigen Ausschankpreisen das  $\frac{1}{20}$  Liter für die betreffende Maßeinheit mit mehr als 5 Pf. berechnet wurde, ist der Ausschankpreis zu senken:

bei Gefäßen bis  $\frac{9}{20}$  Liter Inhalt . . . . . um 2 Pf.  
bei Gefäßen von  $\frac{9}{20}$  und  $\frac{7}{10}$  Liter Inhalt um 3 Pf.  
bei Gefäßen von  $\frac{9}{20}$  und  $\frac{1}{2}$  Liter Inhalt . . . . . um 4 Pf.  
bei Gefäßen von  $\frac{1}{2}$  Liter Inhalt . . . . . um 6 Pf.  
bei Gefäßen von 1 Liter Inhalt . . . . . um 8 Pf.

Soweit bei Inkrafttreten dieser Anordnung die Preise gegenüber dem Stande vom 8. Dezember 1931 bereits stärker gesenkt sind, verbleibt es bei der weitergehenden Senkung.

3. Würden die Ausschankpreise bisher deshalb mit mehr als 4 Pf. für das  $\frac{1}{20}$  Liter berechnet, weil im Ausschankpreis das Entgelt für die Vorführung von musikalischen oder anderen unterhaltenden Darbietungen nichtmechanischer Art enthalten war, ohne

## Selbstschutz bedingt eine starke Organisation!

Am 13. Februar

ist der 8. Wochenbeitrag fällig

daß hierfür ein besonderes Eintrittsgeld erhoben wurde, so richtet sich die Senkung nur nach den in Ziffer 2a angegebenen Mindestsätzen.

4. Wer Vollbier ausschänkt, ist verpflichtet, vom 6. Februar 1932 ab in seinem Geschäftslokal eine Preistafel anzubringen, auf der die am 8. Dezember 1931 gültig gewesen und die ab 6. Februar 1932 geltenden Preise für jede in dem Geschäftslokal ausgeschänkte Maßeinheit Vollbier ersichtlich sind.

5. Diese Regelung gilt nicht für Automatenrestaurants, deren Einrichtungen auf den Einwurf von Münzen der Reichswährung abgestellt sind.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, bezieht sich diese Preisregelung nicht auf Bayern und auch nicht auf Baden, Hessen, Rheinpfalz und Württemberg. Während in Bayern der dort tätige Sonderkommissar eine ähnliche Regelung getroffen hat, ist es zu einer Bierpreissenkung in den genannten anderen Bezirken noch nicht gekommen. Sie sind zu Notstandsgebieten erklärt worden, weil dort durch die Konkurrenz des Weines und Mostes der Bierabsatz teilweise um mehr als 70 Proz. zurückgegangen ist. Es ist demzufolge anzunehmen, daß der Preiskommissar in diesen Gebieten es unterlassen wird, eine Bierpreissenkung zu diktieren.

Damit dürfte den Brauereien auch nicht geholfen sein, denn bei gleichbleibendem Bierpreis wird der billigere Wein und Most auch für die Zukunft stärker konsumiert werden. Es bleibt nichts anderes übrig, als die Biersteuer zu senken, um auf diese Weise eine Preisherabsetzung zu erzielen. Es darf erwartet werden, daß die Reichsregierung die Entwicklung der Dinge in den süddeutschen Ländern besonders beachtet.

## Getränkesteueraufkommen

im Dezember

Biersteuereinnahmen weiter rückgängig

Dem starken Rückgang der Biersteuereinnahmen im November folgte im Dezember ein Rückgang, der gegenüber dem Vormonat rund 3,5 Millionen Mark und gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres 15,54 Millionen Mark oder 40 Proz. beträgt. Die Gesamteinnahmen aus der Biersteuer in den ersten neun Monaten des Rechnungsjahres belaufen sich auf 297,45 Millionen Mark gegenüber einer Einnahme von 372,66 Millionen Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres, das sind 75 Millionen Mark weniger. Die im Voranschlag des Reichshaushaltplanes bereits auf 460 Millionen Mark herabgesetzte Biersteuereinnahme wird, selbst wenn in den kommenden Monaten das Biersteueraufkommen stabil bleibt, nicht erreicht werden.

Aus dem Spiritusmonopol wurden im Berichtsmonat 17,2 Millionen Mark eingenommen. Im gleichen Monat des Vorjahres waren die Einnahmen aus dieser Steuerquelle um 4,1 Millionen Mark höher. Die Gesamteinnahmen aus dem Spiritusmonopol in den ersten 9 Monaten des Rechnungsjahres belaufen sich auf 134,21 Millionen Mark.

Die Schaumweinsteuer erbrachte nur wenig mehr als die Hälfte der im gleichen Monat des Vorjahres erreichten Einnahmen. Es wurden 332 000 Mark eingenommen. In den ersten 9 Monaten sind erst 3,38 Millionen Mark aufgekomen.

Die Mineralwassersteuer, die mit Wirkung vom 1. Januar aufgehoben wurde, hat im Dezember nur 456 000 Mark erbracht. Das Gesamtaufkommen in den ersten 9 Monaten erreicht damit eine Höhe von nur 11,93 Millionen Mark.

## Preisabbauaktion auf dem Nullpunkt

Preisüberwachungskommissar unzufrieden.

Noch ehe der Preisüberwachungskommissar Dr. Goerdeler seine Tätigkeit antrat, wurde ihm infolge überspannter Hoffnungen der Titel „Preisabbau-diktator“ von der durch den Lohn- und Gehaltsabbau betroffenen Öffentlichkeit „verliehen“, wogegen er sich verwahrt hat. Er ließ aller Welt kundtun, daß er nicht den Preisabbau diktieren wolle, vielmehr die Preise zu überwachen habe. Beim Lohn- und Gehaltsabbau handelte es sich um ein brutales Diktat „von oben“, während Goerdeler in „Überwachung“ machte. Das Fazit dieser mit großem Rummel eingeleiteten „Preisüberwachung“ ist, daß das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten um 10 Proz. generell und die Preise nur um 6,3 Proz. gesenkt worden sind. Die Konsumenten sind die Geprellten.

Darüber scheint sich auch Goerdeler im klaren zu sein, denn er gibt selbst offen und unverhohlen seiner Enttäuschung Ausdruck. Er sei von der Preissenkung nicht befriedigt, „obgleich die Preissenkung auf dem innerhalb des Index liegenden Gebiet noch etwas größer ist“. Er sieht die Gefahren, die am wirtschaftlichen Horizont heraufziehen, klar und deutlich, wenn nämlich die Preise nicht weiter gesenkt werden, weil dann Kaufkraft und Preise nicht mehr im Einklang zueinander stehen und Stockungen im Produktionsprozeß eintreten. Die Weisheit Goerdelers auf einen Nenner gebracht bedeutet, daß der eingetretene Lohn- und Gehaltsabbau bei nicht ausgeglichenen Preisen eine große Gefahr für die Wirtschaft zur Folge hat. Die Gewerkschaften haben das schon vor Monaten prophezeit. Er beklagt sich auch, daß die Fleischpreise nicht in genügendem Ausmaß gesenkt seien und daß die Verhandlungen bezügl. des Brotgetreides „zu einem gewissen Abschluß“ kommen müßten, um den hemmenden Preisunterschied von der Wirtschaft zu nehmen. Was jedoch nicht ausschließen wird, daß zu gegebener Zeit die Preise wieder lustig in die Höhe gehen werden.

Bei dieser „Preissenkung“ wurde vergessen, den Faktor „Profit“ entsprechend in Rechnung zu stellen. So ging es nicht, einfach nur auf den Knopf zu drücken und alle Preise senken sich automatisch.

Dr. Goerdeler hatte weitgehende Vollmachten, eine Preissenkung unter allen Umständen durchzusetzen. Wo guter Wille fehlte, sollte „diktatorisch“ vorgegangen werden. Die minimale Senkung der Preise um nur 6,3 Proz. zeigt, daß noch immer der gute Wille gefehlt hat. Wo aber blieb die Anwendung seiner weitgehenden Vollmachten? Nichts ist geschehen und nichts wird geschehen! Es verlautet bereits, daß er mit dem 15. Februar, also in einigen Tagen seine Tätigkeit als beendet betrachtet und dann beginnt das „freie Spiel der Kräfte“ von neuem. Noch ist der mit viel Tamtam verkündete Rummel nicht beendet. Die Arbeiterschaft soll sich mit der Tatsache abfinden, daß ihr Einkommen um 10 Proz. gesenkt ist. Wir verlangen, daß schleunigst dort mit harten Maßnahmen vorgegangen wird, wo ein dem Lohnabbau entsprechender Preisabbau nicht erfolgte. Sonst ist die Arbeiterschaft wiederum der betroffene Teil.

## Unternehmer

gegen Arbeitslosenversicherung

Neue Attentatspläne der sozialen Reaktion.

Dem Unternehmertum ist von jeher die Sozialgesetzgebung verhaßt und es betrachtet sie als „unabänderliches Uebel“ nur solange, bis es aus eigener Machtvollkommenheit glaubt, sie beseitigen zu können. Die Unternehmer halten nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, erneut zum Angriff überzugehen. Jetzt verlangen sie eine „durchgreifende Neuorganisation“ der Arbeitslosenversicherung, wobei in erster Linie daran gedacht wird, die Arbeitslosenversicherung, Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge in einen einzigen Unterstützungszweig zusammenzulegen. Dabei soll der Versicherungscharakter vollständig beseitigt werden und statt dessen die „Fürsorge“ in Kraft treten. Natürlich sollen auch die Unterstützungssätze entsprechend gekürzt werden. Sie haben auch schon einen Dreh gefunden, diese reaktionäre Forderung schmackhaft zu machen, indem sie ausrechneten, daß durch diese Maßnahmen etwa 900 Mill. Mark im Jahre gespart würden. Lediglich darin sind sie sich noch nicht einig, ob die einheitlichen Fürsorgemaßnahmen durch die Gemeinden oder die Länder ausgeübt werden sollen.

Bekanntlich ist gerade um die Arbeitslosenversicherung mit aller Erbitterung gekämpft worden und das Unternehmertum zog schon damals bei ihrer Einführung alle erdenklichen Register, sie zu verhindern. Es wußte ganz genau, was es bedeutet, wenn der Arbeitslose gegen Arbeitslosigkeit versichert und sich nicht mit Almosen abzufinden braucht. Trotz der unerhörten Krise und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit sind die Hoffnungen der Unternehmer, der Arbeitslose möge sich für ein

Butterbrot anbieten, die Tarifverträge und sozialen Errungenschaften zu Fall zu bringen, zuschanden geworden. Jetzt soll die Arbeitslosenversicherung beseitigt werden und jeder Arbeitslose von der „Fürsorge“ abhängen und die an sich unzulänglichen Unterstützungen sollen weiter gekürzt werden. Diese reaktionären Forderungen der Unternehmer entspringen nur ihrem Profitthuner, und um zu ihrem Ziele zu gelangen, ist ihnen kein Mittel schäbig genug. Die Arbeiterschaft und insbesondere die Gewerkschaften werden dafür sorgen, daß die Bäume der Unternehmer nicht bis in den Himmel wachsen. Voraussetzung dazu ist jedoch, daß sich die Arbeiterschaft der großen Gefahr, die ihr droht, bewußt ist und nichts unversucht läßt, die Gewerkschaften weiterhin stark zu machen!

## Moloch Krieg!

Ein Beitrag zur Abrüstungskonferenz.

Noch sind die furchtbaren Wunden des Weltkrieges nicht vernarbt, noch krümmt sich die gesamte Welt unter dem furchtbaren durch den Weltkrieg verursachten Elend, und schon kündigen neue Flammenzeichen einen neuen Weltbrand im Fernen Osten. Obwohl der Krieg zwischen Japan und China noch nicht „offiziell“ erklärt ist, sind bereits viele Tausende von neuen Blutopfern zu verzeichnen zu einer Zeit, wo in Genf die Abrüstungskonferenz zusammentritt. Aus diesem Anlaß rühren sich in allen Ländern der Welt die Kriegsgegner und erheben ihre Stimme gegenüber den Kapitalisten und Kriegshetzern, denen Krieg ein einträgliches Geschäft ist, die aber selbst weit vom Schusse sitzen. So haben die französischen Sozialisten eine lehrreiche Statistik über die Kriegsausgaben veröffentlicht, die verdient, breitesten Schichten der Öffentlichkeit bekannt zu werden.

Der Weltkrieg kostete allen kriegführenden Staaten 10 000 Milliarden Franken. Würden mit diesen Geldern kulturelle Werte geschaffen sein, dann konnte sich jede Familie in Frankreich, England, Belgien, Deutschland, Rußland, den Vereinigten Staaten und Kanada eine Villa im Werte von 100 000 Franken bauen. In jeder Stadt mit über 200 000 Einwohnern hätte ein Hospital im Werte von 125 Millionen errichtet werden können, eine Bibliothek im gleichen Werte und eine Universität für 250 Millionen. Außerdem hätten 125 000 Professoren und Aerzte eingestellt werden können. Selbst dann, wenn alle diese Ausgaben bestritten worden wären, bliebe noch ein so großer Betrag übrig, der dem gesamten Vermögen von Belgien und Frankreich entsprechen würde. In diesen Zahlen kommt der ganze Widersinn des Krieges zum Ausdruck, dessen Zeche in allen Ländern der Welt die Arbeiter bezahlen müssen. Deshalb: Nie wieder Krieg!

## Das Jahr 1931 im Gau Sachsen-Thüringen

Das Jahr 1931 war auch für unsere Organisation im Gau ein Jahr der großen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Am Jahresende 1930 3500 Arbeitslose und vereinzelt Kurzarbeit, Ende 1931 7000 Arbeitslose und rund 10 000 Kurzarbeiter. Sachsen hat die größte Industriearbeiterschaft, auch die meisten Arbeitslosen. Der Umsatzrückgang ist auch am stärksten.

Durch die unsinnige Steuerpolitik — die Biersteuer ist in Sachsen und dem übrigen zum Gau gehörigen Mitteldeutschland allgemein von den Gemeinden mit 10 Mk. per Hektoliter durchgeführt — wird der Konsum noch mehr gekürzt. Einzelne Länder führten auch die Schlachtsteuer ein, so daß auch die Thüringer Fleischwarenindustrie geschädigt wurde. Die Konzernbildungen, vor allem die starke Rationalisierung, machten noch mehr Arbeiter überflüssig.

In der Brauindustrie ist vorherrschend: Schultheiß-Patzenhofer, Engelhardt, Riebeck, Felsenkeller und Radeberg-Braubank-Konzern, die mit Ausnahme von Engelhardt durch die D.-Banken stark in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Riebeck-Konzern hat in 37 Brauereien die Aktienmehrheit und dringt darauf, hohe Dividenden herauszuholen, damit die Banken oder das Hauptgeschäft Gelder bekommen. Die Brauereimälzereien werden nicht in Betrieb genommen, da angeblich kein Geld da ist zum Gersteneinkauf. Arbeiter werden entlassen.

Im Felsenkellerkonzern wurde vor einigen Jahren die Brauerei Reisewitz in Dresden noch mit einigen Millionen modern umgebaut, jetzt ist sie stillgelegt worden. Ein neuer Spardirektor der Bank, bei freier Wohnung mit 60 000 Mk. Gehalt, betreibt Abbau der Löhne und Gehälter, Einschränkung der Arbeiter auf das äußerste. Ein Gehaltsabbau der Direktoren und leitenden Personen der Konzerne um 50 Proz., wobei die Herren immer noch genügend Einkommen hätten durch die vielen Aufsichtsratsposten, würde mehr ausmachen als ein Lohnabbau von 15 Proz. Es würde dadurch die Kaufkraft der breiten Masse nicht gesenkt.

In den Mälzereien liegt es noch schlimmer. In Mitteldeutschland ist die Hauptproduktion des Malzes. Vorräte von Jahren liegen vor. Die meisten Mälzereien haben das gewerbliche Personal entlassen und Angestellte haben die notwendigen Arbeiten verrichtet. Während des Streiks in Dresden verrichteten die Angestellten Streikarbeit.

In der Mühlenindustrie ist starke Betriebs-einschränkung und Betriebsstilllegung infolge Zahlungsschwierigkeiten zu verzeichnen. Große Um- und Neubauten erfolgten, so daß nunmehr ein Ueberkapazität vorhanden ist.

In den Bäckereien und Fleischereien sind die Kleinbetriebe vorherrschend, die immer mehr dazu übergehen, nur Lehrlinge oder junge Gehilfen zu beschäftigen. Hier ist die Arbeitslosigkeit sehr hoch.

Die Obst- und Beerenweinkeltereien,

Manteltarife, und versuchten alles zu beseitigen, was für die Arbeiter in sozialer Hinsicht vorhanden war. Nach längeren schweren Verhandlungen ist es gelungen, das Schlimmste abzuwehren. Den höchsten Abbau hatte die Malzindustrie Sachsens, da sie bei allen Behörden und Instanzen nachzuweisen versuchte, daß sie gegenüber den mitteleutschen nicht mehr konkurrenzfähig ist. Abschluß eines einheitlichen Tarifes für ganz Mitteldeutschland mit entsprechenden Ortsklassen, lehnten die Herren bisher ab. In der Fleischwarenindustrie war dasselbe zu verzeichnen, auch hier mußten wir alles aufbieten, um die Forderungen der Unternehmer abzuwehren. Am höchsten mit war der Abbau im Böttchergewerbe, bedingt durch die große Arbeitslosigkeit. In der übrigen Getränkeindustrie war nur ein Abbau auf Grund der Notverordnung, teilweise auch in der Hefeindustrie. Die Monopolverwaltung blieb hinter den übrigen Arbeitgebern nicht zurück.

In den Bäckereien, Fleischereien und Brotfabriken erfolgte zweimal ein Lohnabbau. Einige Innungen glaubten, daß nun Tarifverträge nicht mehr nötig seien. Durch den Schlichter wurde ihnen beigebracht, daß unsere Forderung auf Abschluß von Verträgen berechtigt ist.

Würden die Unternehmer keine starken Gewerkschaften gegen sich haben, ihr Ziel, Beseitigung aller Tarife, freies Bestimmungsrecht des Unternehmers, wäre in den Betrieben, wo die Organisationen nicht mehr vorhanden, bereits durchgeführt. Wenn nun der Preisabbau auch durchgeführt würde, könnte es den Arbeitern gleich sein, wenn für 30 Mk. Lohn dasselbe gekauft werden kann wie für 40 Mk. Lohn. Die Steuern, die sozialen Lasten, machen das fünf-fache gegen früher aus, hier muß auch abgebaut werden.

Tarifverträge bestehen in allen Gruppen für 30 000 Verbandsmitglieder und 20 000 Unorganisierte. Die Unternehmer werden auch dieses Jahr versuchen, die Tarifverträge zu lockern, Kündigungen sind bereits erfolgt. Eine starke Organisation ist notwendig. Denjenigen, die immer die Einheitsfront predigen, aber die Zersplitterung betreiben, muß allen Ernstes gesagt werden: Laßt ab von eurem Treiben, sorgt dafür, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht zertrümmert wird! Gerade in der Notzeit ist die Organisation hochzuhalten, um dann bei besserer Geschäftslage das nachholen zu können, was vorübergehend verloren wurde.

Der Unwille der Arbeiter hat sich nicht gegen ihre Organisation zu richten, sondern gegen jene, die an diesen Verhältnissen schuld sind.

Die RGO.- und Nazibewegung, in Mitteldeutschland, vor allem im Bezirk Halle, am stärksten, hat bewiesen, daß durch ihre Zersplitterungsarbeit die Unternehmer den größten Vorteil haben. Weist jedem Gewerkschaftszersplitterer die Türe, baut auf eure eigenen Einrichtungen, die jahrzehntelang sturmerprobt und rücksichtslos die Interessen der Arbeiter durchgefochten haben.

Vereint sind wir eine Macht, vereinzelt nichts! Die Gauleitung.

## Rüstwoche der „Eisernen Front“

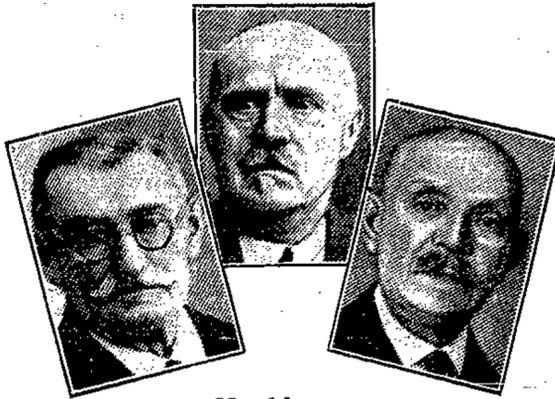
Zur Munitionsbeschaffung für die „Eiserne Front“ wird zur Zeit im ganzen Reiche eine Rüstwoche durchgeführt. Dazu liegt das „Eiserne Buch“ auf zur Einzeichnung, worüber wir bereits berichtet haben. Von unserer Kollegenschaft wird selbstverständlich erwartet, daß sie ohne Ausnahme sich in das „Eiserne Buch“ einzeichnet und auch je nach ihrer wirtschaftlichen Lage einen Beitrag leistet. Diejenigen, die Gefahr laufen, sich wirtschaftlichem Terror auszusetzen, sind in der Lage, ihren Beitrag durch unsere Ortsgruppenverwaltungen an die „Eiserne Front“ abführen zu lassen.

Die „Eiserne Front“ hat eine unerhörte Aktivität im Versammlungsleben ausgelöst. Ueberall, wo Veranstaltungen stattfinden, wird von einem Massenbesuch berichtet. Auch wir müssen diese günstige Zeit zur Belebung unserer Verbandsveranstaltungen ausnützen und alles daran setzen, daß die uns noch fernstehenden Berufsangehörigen für die Organisation gewonnen werden.

## Der zusammengelaufene Nazihaufen

Der württembergische Staatspräsident bemerkte in einer kürzlich gehaltenen Rede über die Nazis, „daß ihre Wähler ein zusammengelaufener Haufen von Spießbürgern seien. Manche wechselten aus Verzweiflung zu ihnen hinüber, andere aus Angst und wieder andere, um dabei zu sein, wenn die Posten verteilt werden. Wer das Maul am weitesten aufreißt, habe den größten Erfolg, denn die Dummen sind immer noch zahlreicher als die Gescheiten. Den größten Teil der Nazi bilden unzufriedene Angstmeier oder Streber. Ein solcher zusammengelaufener Haufen sei innerlich nicht verbunden und daß das die Schwäche ihrer Partei ist, das wüßten die Naziführer selbst sehr gut.“

# 40 Jahre Treue zum Verband



Paul Pachaly,  
Brauer, Hannover  
Eingetreten 5. 11. 1885

Chr. Martens,  
Böttcher, Hamburg  
Eingetreten 7. 2. 1886

Theodor Engelhardt,  
Böttcher, Hannover  
Eingetr. 1. 2. 1886, jetzt Invalide



Karl Schuster,  
Böttcher, Hamburg  
Eingetr. 31. 3. 1886, jetzt Invalide

H. Stuhr,  
Böttcher, Hamburg  
Eingetreten 16. 6. 1886

Otto Nickel,  
Brauer, Lübeck  
Eingetreten 1. 1. 1892

die nach dem Kriege wie Pilze aus der Erde schossen, sind fast alle wieder eingegangen, bis auf die wenigen größeren älteren Betriebe. Auch hier keine volle Beschäftigung.

Fast ganz danieder liegt die Böttcherei, wegen Umsatzrückgang und vor allem Umstellung auf Tanks usw.

Die Süßwarenindustrie ist nur ein Wochen-Saison-Geschäft. Kurzarbeit ist als Dauerzustand vorherrschend.

Die übrige Getränkeindustrie leidet ebenso an Absatzrückgang. Am besten ist noch die Hefeindustrie beschäftigt.

Die große Arbeitslosigkeit wirkt sich auch lähmend auf die Nahrungs- und Genußmittelindustrie aus, wenn auch immer gesagt wird, essen und trinken muß der Mensch doch. Durch diese wirtschaftliche Lage haben die Unternehmer aller Gruppen auch versucht, dauernd Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen. In der Brauindustrie ist ein einmaliger Lohnabbau von 5 bis 6 Proz. durchgeführt worden in zwei Raten, dann kam die Notverordnung, und hier wollten die Unternehmer mit allen Mitteln dem Schlichter begreiflich machen, daß ein weiterer Lohnabbau von 15 Proz. in Frage komme. Die Entscheidung des Schlichters lautete auf 10 Proz.

Die Mühlenindustrie in Halle, Anhalt und Thüringen, ebenso die Malzindustrie, kündigten uns die

## Das Finnländische Alkoholgesetz

(Nachdruck verboten.)

Nachdem sich das finnländische Volk mit überwältigender Mehrheit für die Aufhebung des Alkoholverbotes ausgesprochen hat, steht die Regierung des Landes vor der Aufgabe, dem Volkswillen Rechnung zu tragen. Sie beabsichtigt die Einführung eines staatlichen Alkoholmonopols. Im benachbarten Lettland hat sich das Alkoholmonopol nicht bewährt. Schwarzbrennerei und Alkoholschmuggel stehen dort in hoher Blüte und ihre Bekämpfung erfordert erhebliche Mittel. Nach dem Gesetzentwurf der Regierung soll eine Aktiengesellschaft (Alkoholgesellschaft) gegründet werden, deren Aktienmehrheit der Staat besitzt und in der der Staat das unbedingte Bestimmungsrecht hat. Die Herstellung, die Einfuhr und der Handel mit alkoholischen Getränken sind ausschließlich dieser Aktiengesellschaft vorbehalten. Die ihr übertragene Rechte darf die Gesellschaft nicht an einen Dritten abtreten. Lediglich die Herstellung und der Ausschank kann unter bestimmten Bedingungen anderen überlassen werden. Im Sinne des Gesetzes gelten als alkoholisch alle Getränke, die mehr als 2,25 Gewichtsprozent Äthylalkohol enthalten. Eine Ausnahme bilden die alkoholhaltigen Arzneimittel, deren Einfuhr Firmen überlassen werden kann, die sich gewerbsmäßig mit der Einfuhr von Apothekerwaren befassen. Außerdem dürfen eingeführt werden alkoholische Getränke von fremden Diplomaten, soweit sie für ihren eigenen Bedarf Zollfreiheit genießen, von Handlungsreisenden, die Muster mit sich führen und von Reisenden aus dem Auslande in kleinen Mengen für den Eigenbedarf.

Der Handel und der Ausschank alkoholischer Getränke soll nach dem Gesetz so geregelt werden, daß Alkoholmißbrauch weitgehend ausgeschlossen ist. Wie das geschehen soll, darüber schweigt sich der Gesetzgeber vorläufig aus.

Die im Inland hergestellten alkoholischen Getränke werden einer Steuer, die aus dem Auslande eingeführten einem Zoll unterliegen, dessen Höhe noch bestimmt wird. Die Regierung bestimmt auch, wie groß der Alkoholgehalt der Inlandserzeugnisse sein darf. Soweit die Aktiengesellschaft das Recht der Herstellung an Dritte abtritt, sind diese zu verpflichten, die gesamte Erzeugung an die Aktiengesellschaft abzuliefern. Ein Verkauf darf nur mit Genehmigung der Aktiengesellschaft erfolgen, ebenso die Ausfuhr.

Die Aktiengesellschaft kann alkoholische Getränke in allen Städten und Stadtgemeinden des Landes vertreiben, es sei denn, die Gemeindevertretung widerspricht dem mit Zweidrittelmehrheit. In den Landgemeinden bedarf der Vertrieb und Ausschank durch die Aktiengesellschaft dagegen der Zustimmung von zwei Dritteln der Gemeindevertretung. Die öffentliche Anpreisung von alkoholischen Getränken oder von Stoffen, die die Gärung fördern, bedarf der Genehmigung der Aktiengesellschaft und kann gegebenenfalls von ihr verboten werden. Die Herstellung von Malzgetränken und Weinen im Haushalt ist gestattet.

Die Gewinne der Aktiengesellschaft fallen dem Staate zu. Die Dividende ist mit 7 Proz. in der Höhe begrenzt. Die Rücklagen dürfen eine angemessene Höhe nicht überschreiten. Der Staat darf die Gewinne zu finanziellen und sozialen Zwecken verwenden.

Weiter enthält der Gesetzentwurf zahlreiche Bestimmungen über den Ausschank, die Herstellung, den Transport und die Strafen.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ist die Regierung bestrebt, einem Mißbrauch des Alkohols weitgehend vorzubeugen. Sie scheint dabei sogar so weit zu gehen, daß von einer starken Bevormundung der Bevölkerung gesprochen werden kann. In der liberalen Presse Finnlands wird daher der Gesetzentwurf als intolerant abgelehnt.

## Faschistische Wirtschaft

Primitive Lebensweise der italienischen Arbeiter.

Die Faschisten wollen der Arbeiterschaft glauben machen, daß nur sie in der Lage sind, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Erfreulicherweise kriechen die Arbeiter nicht auf diese Leimrute.

Wie es in einer faschistischen Wirtschaft tatsächlich aussieht, das schildert im „B. T.“ G. Stein, der Italien bereiste, um die dortige Wirtschaft kennenzulernen. Zunächst stellte er fest, daß der Mensch im faschistischen Italien mehr als primitiv lebt. Im Durchschnitt verdient dort der Arbeiter 41 Pfennig pro Stunde. Trotz des niedrigen Lohnes sind die Preise für Lebensmittel und Wohnung ebenso hoch, zum Teil noch höher, als in Deutschland. Es ist demnach durchaus glaubwürdig, wenn der halb-faschistische römische Berichterstatler des deutsch-nationalen „Berliner Lokal-Anzeiger“ in Nummer 3 dieses Blattes schreibt:



Allmacht Militarismus

„Das Leben ist unter solchen Umständen unerträglich geworden. Man weiß oft nicht, was größer ist, die Bedürfnislosigkeit des Armen in Italien oder die Selbstverständlichkeit, mit der er uns unbegreifliche Entbehrungen erträgt. Hat man gar nichts, so geht man halt aufs Feld und rupft sich ein bißchen Grün aus. Ungezählten dienen Schlupfwinkel, die ich nicht beschreiben möchte, als Schlafstätte.“

Zu beachten ist, daß dies von einem gewiß unverdächtigen Zeugen festgestellt worden ist. Im übrigen liegt diese Feststellung ganz im Rahmen der Rede von Mussolini, der im Herbst vorigen Jahres gestehen mußte, daß es in Italien Provinzen gibt, deren Bevölkerung sich monatelang von Wurzeln, Gräsern und Kräutern ernähren muß.

Diese primitive Lebensweise, nach der der deutsche Arbeiter absolut kein Verlangen hat, ist durch die faschistische Wirtschaftsführung nicht beseitigt,

sondern vergrößert worden, denn ihr ist es nicht gelungen, die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise von Italien fernzuhalten. Italien hat bei der relativ geringen Industriearbeiterschaft und der gegenüber Deutschland um 20 Millionen niedrigeren Einwohnerzahl ein Arbeitslosenheer von rund 1 Million. Dabei gilt zu berücksichtigen, daß Italien eine ziemlich starke Armee und eine noch weit stärkere Miliz hat, daß Italien keinen Krieg verloren hat und keine Reparationen zu zahlen braucht, und daß die Rationalisierung in der italienischen Industrie und Landwirtschaft so gut wie keine Rolle spielt. Von den noch in Arbeit stehenden Personen sind 37 Prozent Kurzarbeiter.

Auch bezüglich der Erhebung von Steuern ist Italien, obwohl es keine Reparationen zu zahlen hat, nicht günstiger gestellt als Deutschland. Nach der Berechnung von Stein werden etwa 25 Proz. des gesamten Volksaufkommens an Steuern erhoben. Der Faschismus hat dort Gelegenheit gehabt zu beweisen, daß er in der Lage ist, aufzubauen und die Lebenshaltung der Massen zu heben. Er ist an dieser Aufgabe gescheitert und mußte scheitern, weil die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise stärker sind als jeder noch so gut gemeinte Vorsatz. Und selbst dieser fehlt den Faschisten, wenn sie auch noch so laut das Gegenteil behaupten. In Deutschland würde der Faschismus noch elender Schiffbruch leiden, deshalb darf er gar nicht erst zur Macht kommen, denn die Mehrzahl der Bevölkerung hat ihren Bedarf an Ersatzlebensmitteln in der „glorreichen“ Kriegszeit gedeckt, sie hat auch kein Bedürfnis, ihr Leben mit Gras und Wurzeln aufrechtzuerhalten.

## Alle Macht dem Unternehmer!

Nazis besorgen Unternehmergeschäfte.

Dagegen hilft kein Deuteln und Verdrehen, daß die Nazis das Geschäft der Unternehmer besorgen. Die Reden ihrer prominenten Führer und die nationalsozialistische Literatur stellen unumstößliche Dokumente dar, die in die Geschichte des Arbeiterverrates eingehen werden.

Von uns schon so oft zitierten Reden nationalsozialistischer Parteikoryphäen fügen wir heute einige weitere Perlen an. So führte der wirtschaftspolitische Theoretiker der Nazis, Dr. Wagner, auf einer Gautagung der NSDAP. in Düsseldorf am 7. November folgendes aus:

„Wir wünschen in Zukunft die unterste Festsetzung eines Lohnes als unabdingbar, der dem Existenzminimum entsprechen müßte, darüber hinaus soll aber keine Bindung bestehen, so daß für den Leistungslohn Raum geschaffen wird... Alles andere soll aber im Betrieb vereinbart werden, künftig werden die Betriebsräte mit dem Unternehmer beraten. Entscheiden muß natürlich stets der Unternehmer.“

Das ist eine Sprache, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Es soll dem Arbeiter künftig im Dritten Reich nur soviel Realeinkommen gewährt werden, daß er nicht zu verhungern braucht. Jeder Mehrverdienst soll von seinen Leistungen abhängen, worüber einzig und allein der Unternehmer zu entscheiden hat. Diese „wirtschaftspolitisch-nationalsozialistische Theorie“ klingt dem Unternehmertum wie liebliche Musik in den Ohren und es ist zu verstehen, daß das Unternehmertum jenen Tag sehnlichst herbeiwünscht, wo das Dritte Reich seine Ideale verwirklicht.

## Mittelalterliche Brau- und Gaststätten in Norddeutschland

Das Bier spielte im Leben des Mittelalters eine viel größere Rolle als heute. Während aber heute Bayern als das klassische Bierland gilt, waren es damals Nord- und Ostdeutschland. Dünnbier braute beispielsweise in Bremen jeder Bürger in seinem Hause und die Braupfanne war in den Testamenten ein oft erwähntes und wertvolles Erbstück. Um diese Zeit ist das Bier kein bloßes Genußmittel, sondern es diente als Volksnahrung. Biersuppe ist in jedem Bürgerhause beliebt. Bier ist auch das eigentliche Element der Trinkstuben. Die Strafen wurden bei den Handwerksämtern, wie die Zünfte in Norddeutschland heißen, fast immer in Bier, selten in Geld erlegt. Die Entwicklung des Braugewerbes geht somit aus vom Haushalt des einzelnen Bürgers. Der Uebergang zur Bildung eines selbständigen Brauerhandwerks hat sich erst ganz allmählich vollzogen. Noch im 16. Jahrhundert durfte in Wismar jeder Bürger sein Schwachbier brauen, jedoch nicht verkaufen. Das Recht zu brauen, war auf freie Stadtbürger beschränkt. Im 13. und 14. Jahrhundert bildete sich bei dem allmählich entstandenen Brauerhandwerk der Brauch des auch von Eduard Backert in der Geschichte der Brauereiarbeiterbewegung erwähnten Reihenbraus heraus. Danach durfte nicht der einzelne Brauer zu beliebiger Zeit brauen; alle Brauer waren in einer bestimmten Reihenfolge geordnet, und es durfte erst mit dem Brauen begonnen werden, wenn der in der Reihenfolge vorangehende

Brauer sein Bier verkauft hatte. Die Zahl der Brauer wurde beschränkt; diese Beschränkung war in den einzelnen Städten verschieden. Voraussetzung für die Brauberechtigung war der Besitz eines zum Brauen geeigneten Hauses. Noch heute gibt es in Osnabrück eine Bierstraße; die meisten Häuser dieser Straße besaßen das Braurecht. Das Braurecht besaß selbstverständlich der Landesherr, soweit er in der Stadt wohnte. In manchen Städten Deutschlands hatten aber auch die großen Ämter das Braurecht und sie durften eine Braupfanne halten, jedoch nur für ihre Mitglieder.

Überall in den norddeutschen Städten gelangte der Brauer zu Besitz und Ansehen. Die Brauer gehörten in den meisten Städten zu den obersten Schichten der Stadt; in Bremen kamen sie im Range gleich nach den Angesehensten, den Gewandschneidern. In Hamburg standen seit Ausgang des Mittelalters die Brauer im Range sogar über den Kaufleuten. In Wismar hat sich der Rat der Stadt lange Zeit fast nur aus Brauern zusammengesetzt.

Das Bremer Bier beherrschte lange Zeit den Nordwesten und Norden Europas, die Niederlande und Skandinavien. Um 1400 herum wurde es vom Hamburger Bier, dem sogenannten Einbecker Bier, verdrängt.

Frühzeitig erfolgte im Brauerhandwerk der Zusammenschluß zur Zunft. In Bremen stellten die Brauer eigentlich kein Amt dar, sondern eine Societät mit Elterleuten an der Spitze (noch heute heißt die Vereinigung der Brauereibesitzer in Bremen Brauer-Societät). In Hannover kamen die Brauer

1609 ins Amt, und auch in Wismar wurden um diese Zeit Vorschriften über die Brauerzunft erlassen.

Mit der Entwicklung des Brauens zum Handwerk hängt die Schankberechtigung der Brauer aufs engste zusammen. Der Bürger, der selbst braute, durfte kein Bier ausschenken. Hingegen haben die Brauer von Anfang an das Recht des Ausschankes gehabt. Sie schenkten auf der Diele oder im Keller ihres Hauses das eigene Bier aus. Ihnen folgten die Herbergswirte und die Ratskeller. Letztere schenkten hauptsächlich Weine und auswärtige Biere aus. Neben diesen besaßen noch die Zunfthäuser das Recht des Ausschankes, zunächst nur für ihre Mitglieder, später auch an Fremde. Auch die mittelalterlichen Badestuben spielten für die Entwicklung des Ausschankes eine große Rolle. Erwähnung bedarf noch das Schankrecht der Akzisenmeister an den Zollstationen und das Recht der Kramer und Apotheker, Wein auszuschänken.

Die Herbergswirte waren den Brauern zunächst unliebsame Konkurrenz. Mit der Entstehung der Großbrauer änderte sich das Verhältnis. Diese legten nicht wie die Kleinbrauer viel Wert auf Ausschank; sie wollten vielmehr ein möglichst großes Absatzgebiet und förderten daher den Ausschank der Herbergswirte und sonstigen Krüger. Mit fortschreitender Entwicklung erlangte das Gasthaus gegen Ende des Mittelalters erhebliche Bedeutung. Das Mittelalter verstand durchaus Feste zu feiern. Hierfür war das Rathaus der Mittelpunkt. Nicht alle Städte besaßen ein Rathaus, das allen Anforderungen zur Abhaltung größerer Feste genügte. Manche Städte errichteten daher besondere Fest-

# Um die Arbeitszeit

## Seltene Gegensätze bei Behörden.

Die Gewerkschaften haben in Erkenntnis der Gefahr, die die weitgehende Technisierung in allen Berufen für den Arbeitsmarkt bedeutet, die Forderung erhoben, die wöchentliche Arbeitszeit allgemein auf 40 Stunden herabzusetzen. Die Regierung hatte anfänglich für diese Forderung wenig Verständnis gezeigt. Inwieweit dies auf den von der Industrie ausgeübten starken Einfluß zurückzuführen ist, mag dahingestellt bleiben. Erst unter der katastrophalen Belastung des Arbeitsmarktes wurde durch Notverordnung vom 5. Juni 1931 der Regierung das Recht gegeben, für einzelne Berufe die Regelarbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen. Die daraufhin mit verschiedenen Berufen aufgenommenen Verhandlungen zeitigten als Ergebnis lediglich eine Empfehlung, durch freiwillige Vereinbarung eine Arbeitszeitverkürzung durchzuführen. Vereinzelt wurde dem Rechnung getragen, in der Mehrzahl der Fälle blieben die Unternehmer hartnäckig. Sie waren nur bereit, eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf dem Wege der Verordnung hinzunehmen. Die Regierung, die allem Anschein nach nie ernstlich die Absicht hatte, eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf Gesetzeswegen durchzuführen, blieb der Hartnäckigkeit der Unternehmer gegenüber passiv.

Diese Passivität soll auch in Zukunft beibehalten werden, wie ein Brief lehrt, den der Reichsarbeitsminister an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gerichtet hat. In ihm heißt es, daß er im Hinblick auf die arbeitsrechtlichen Vorschriften der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 die Ermittlungen über eine zwangsweise Arbeitszeitverkürzung zunächst zurückstellen wolle. Wann die Arbeiten für eine behördliche Arbeitszeitverkürzung wieder aufgenommen werden, wird von den Auswirkungen der Notverordnung, insbesondere hinsichtlich der Preisgestaltung, und von der weiteren Gestaltung des Arbeitsmarktes abhängen.

In diesen Sätzen ist unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung darauf verzichtet, die Arbeitszeit zu verkürzen, um die vorhandene Arbeit besser zu verteilen.

Eigenartig wirkt es, daß gerade die entgegengesetzte Auffassung in einem Rundschreiben zum Ausdruck kommt, das der Präsident der Reichsanstalt an alle Landesarbeitsämter am 5. Januar gerichtet hat. Dort heißt es, daß die Bestrebungen, eine Milderung der Arbeitslosigkeit durch Mehrereinstellung von Arbeitskräften bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit in der Privatindustrie herbeizuführen, von der Regierung nachdrücklich weiterverfolgt werden. Wie es scheint, ist der Präsident der Reichsanstalt sehr schlecht über die Absichten der Regierung unterrichtet.

# Millionenverluste bei Stollwerck

Eines der führenden Schokoladenunternehmen, die Stollwerck A.-G., Köln, mußte, wie wir bereits berichteten, seine ziellose Expansionspolitik teuer bezahlen. Im vergangenen Jahre wurde die Dividende von 9 auf 5 Proz. gekürzt. Das am

Tanz- oder Hochzeitshäuser. Das Hochzeitshaus in Hannover und der Schütting in Lüneburg sind Zeugen des Könnens der mittelalterlichen Baumeister, aber auch das Bremer Rathaus mit seinem berühmten Ratsweinkeller zeigt, wie die aus dem Rohstoff produzierenden Meister ihre Seele hineinlegten in das Werk ihrer Hände. Nicht minder berühmt ist das Kramer-Amtshaus in Bremen, das jetzige Gewerbehause. Die Wandschneider- und Tuchhändler-Societät ließ sich das aus zwei Teilen bestehende Gebäude in den Jahren 1616 bis 1621 erbauen. Es diente nicht nur als Zunfthaus, sondern wurde auch für Hochzeiten der Bürger und für Gastmahle benutzt. Diese Gastmahle bezeichnete man im Mittelalter als „Kost“, daher hieß das Kramer-Amtshaus auch „Hochzeitshäuser“ oder „Kosthäuser“. Die Wandschneider und Tuchhändler gerieten später in Schulden und mußten das Haus 1685 an das Kramer-Amt verkaufen. Heute ist es Eigentum des Bremer Staates. In Hildesheim ist das 1548 erbaute Gasthaus „Zum goldenen Engel“ erhalten. Zunächst Domschenke, wurden hier Weine des Domstiftes ausgeschenkt; später wurde es Gast- und Logierhaus. 1571 baute das Domstift die noch heute erhaltene Domschenke in Hildesheim. An der Westseite am Domkreuzgang befinden sich besondere Räume für die Domherren. Auch die 1601 in Hildesheim erbaute „Neustädter Schenke“ ist als mittelalterliches Gasthaus erwähnenswert, nämlich wegen seines Schnitzwerkes mit den neun Musen, dem Planeten und den neun guten Helden. Reiche Schnitzereien und Inschriften hat auch die Fassade des Wiener Hofes in Hildesheim. Er wurde 1609 als

30. Juni abgeschlossene Geschäftsjahr 1930/31 weist einen Verlust von fast 3,4 Millionen Mk. auf. Die Verwaltung schlägt der Generalversammlung zur Sanierung eine Zusammenlegung des Aktienkapitals (16,5 Millionen Mk.) im Verhältnis von 10 zu 6 vor. Die Opposition gegen die Aufsaugungspolitik machte sich bereits im Dezember 1930 geltend. Damals wurde scharf protestiert gegen den Aufkauf der Reichardt-Werke.

Wie sehr sich Stollwerck bei seiner Expansionspolitik übernommen hat, zeigt die finanzielle Entwicklung in der Zeit, als der Konzernausbau wirksam wurde. Ende Juni 1930 bestanden nur 2,13 Millionen Bankschulden und 2,9 Millionen Mk. weitere Schulden, während die Forderungen rund 6,85 Millionen Mk. erreichten. Bis zum Jahresende 1930 waren die Bankschulden bereits auf 5 Millionen Mk. gestiegen. Darüber hinaus mußte noch eine langfristige Schuld von 6 Millionen Mk. zur Finanzierung der Aufsaugungspolitik aufgenommen werden. Bis Ende 1930 war aber die volle Last der Aufkäufe von Reichardt, von Gaedke und Goldina noch nicht wirksam geworden, so daß sich erst 1931 die Finanzlage zuspitzte. In den Strudel der Konzern-



Stempelstelle der „reinhässigen“ Nazi

expansion sind auch die fast 3 Millionen Mk. betragenden Freibagelder der Vereinigten Staaten, die seit 1929 aufgespeichert waren, verschwunden.

Das Stollwerck-Unternehmen wird vor außerordentlich schwere Aufgaben gestellt in der Zeit der großen Wirtschaftskrise. Wo sind aber die verantwortlichen Elemente, diejenigen Leute, die sich dünkten als Wirtschaftsführer die Weisheit mit Löffeln eingenommen zu haben und durch ihr geradezu verbrecherisches Vorgehen einen der wirtschaftlich gesündesten Betriebe ruinierten. Diesen wird kein Haar gekrümmt werden und sie leben herrliche Tage in Freuden, während die vielen Hunderte aus den Betrieben entlassenen Arbeiter und Arbeiterinnen elend bei karger Unterstützung dahingevegetieren müssen.

Thurn- und Taxisches Posthaus erbaut. Aus Braunschweig ist das als Gildehaus der Tuchmacher 1590 erbaute Gewandhaus zu nennen, und den Abschluß soll der 1535 errichtete Backsteinbau der Schiffsgesellschaft in Lübeck bilden, dessen Gaststätte eine Halle mit alter Ausstattung und den Schiffsmodeellen der Schiffergilde ist.

# Brauereipferde

(Sächsisch.)

„s iss wärklich nich bloß wegen Kaiser, unn wegen Milledähr, unn wegen Fengzigredde, sondern ierwahabt: frieher warsch ähm scheener.“

„Fang doch nich von Bolledik an!“

„Das hat gar nisch mit Bolledik zu duhn. Ich meen doch de Bieraudos.“

„De Bieraudos? Die hamm dir doch nisch gedahn!“

„Was heeßt nisch gedahn? Wo's noch Brauereifärde gab, da hadde mr mehr Freude an Lähm. Wenn ich dran denk, wie die so scheen bedächt'g fuhrn, da werd mrsch gans melangolisch zumuhde. Unn follandens; wenn zwee'e nähmänder geschbannt warn, das war ä imbonierendes Bild. Direkt erhehmd. So habb ich mir immer enn reemischen Driumtzug vorgeschdellt. Unn wenn die kee Bier fuhrn, sondern fielleicht Mist offs Feld, da war das gar kee Unterschied. s Herz schlug een drwegen heeher. Ich weeß, in Kriech, da war ich doch bei dr Ardillrie, da hadden mier an der een Hauwitz'e ä baar Färde, die hadden hinden nochn Schdembel von dr Rieweck-Brauerei droff. Die hamm mier immer

# Ein Blick ins Paradies

„Der Deutsche Müller“, Organ des Deutschen Müllerbundes, also der Kleinmühlen, veröffentlicht in Nr. 52/31 einen Artikel über Italiens Mühlen-gewerbe, dem wir entnehmen:

Dem Mühlengewerbe in Italien ging es allgemein nicht gut, da der Staat sehr viel Geld braucht. Die Getreidepreise seien im Laufe des Jahres von 123 auf 133 Lire je Doppelzentner im Dezember 1931 erhöht worden. (133 Lire sind etwa 30 Mk.) Dahingegen sei der Mehlpreis von der Regierung außerordentlich gedrückt worden, weil das Brot nicht verteuert werden sollte. Der ebenfalls bestehende gesetzliche Vermahlungsgrad sei im Laufe des Jahres bis auf 95 Proz. angespannt worden. Er mußte gegen Ende des Jahres gemildert werden, da der Ausmahlungsgrad für den in Italien üblichen, zur Vermahlung kommenden Hartweizen auf 75 Proz. herabgesetzt wurde. Im Oktober 1931 sei die Getreidezangswirtschaft noch mehr verschärft worden. Es dürfen nunmehr nur noch vier Mehltypen hergestellt werden. Die Unternehmer dürfen Mehl überhaupt nur in plombierten Säcken mit Deklarationszwang und Herstellungsfirma in den Handel bringen. Das Mühlengewerbe sei in drei Klassen eingeteilt, und zwar in Exportmühlen, mittlere Mühlen und Bauernmühlen. Den Bauernmühlen war bis zum Herbst 1931 gesetzlich verboten, ihre Betriebe durch Aufstellung moderner Maschinen zu verbessern! Auch mußten sie das Getreide mit mindestens 82 Proz. ausmahlen und durften nur für die Selbstverbraucher arbeiten. An Bäcker durften die Kleinmühlen nicht liefern. Die nunmehrige Milderung für Kleinmühlen käme aber nur wenigen zugute, weil durch diese Zwangsmaßnahmen die meisten Kleinmühlen bereits eingegangen sind.

Daß die Lage der Müllerei im Jahre 1931 eine starke Verschlechterung erfahren habe, ersehe man auch aus dem allgemeinen Dividendenrückgang, der Dividenlosigkeit der Großmühlen sowie aus den zahlreichen Zusammenbrüchen von mittleren und großen Mühlen. Besonders seien die Gebiete von Südtirol und Trient betroffen worden. In Trient seien sämtliche fünf Großmühlen zugrunde gegangen. Dies alles, trotzdem die Großmühlen ihren ausländischen Export in einem Jahre um 23 Proz. erhöhen konnten.

Sehr viel schlimmer stünde es aber noch mit den für Italien wichtigen Reismühlen.

In den letzten Jahren seien 40 Reismühlen, alle von bedeutendem Umfange, in Konkurs geraten. Die größte Reismühlengesellschaft, die „Riseria Italiana“, habe ihr ganzes Aktienkapital verloren. Die Regierung habe nun ein Reissyndikat geschaffen, das das gesamte Reisgeschäft kontrolliert und Zwangspreise festsetzt. Das sei jedoch ein Fehlschlag, weil das Ausland gar nicht daran denke, diese Zwangspreise zu zahlen.

Unsere Unternehmer behaupten tagtäglich, daß an den mißlichen Verhältnissen in Deutschland das gegenwärtige System, die überspannte Sozialpolitik, die Gewerkschaften und der Marxismus die Schuld tragen. Und in Italien? Dort herrscht seit vollen acht Jahren ein System der Ordnung, wie es sich unsere Unternehmer wünschen. Die Sozialpolitik

bloß angeguckt, wenn's uns mal recht dreck'g ging, da kam'n een de Erinnerung', unn da war mr wieder Mensch. Jetzt drgegen, mit denn Audos, da iss de ganze Boehsi in ... Na, de weeßt schon, wohin.“

„Das iss dr Zug dr Zeid. Da kannste nisch drgegen machen.“

„Das iss ja das Draurige. Unn de Menschen sinn de Obfer.“

„Du meenst wegen Iewrfahrn?“

„Nee. Awr hald mal so ä Audo an!“

„Zu was dn?“

„Nu ja, das wißt ihr ähm nich. Jeden Bierwagen hamm mier frieher angehalten, unn ham gefragt, ob mier ä Schdicke mitfahrn kenn. Unn nachher hamm miers Geschbräch off das Bier gebracht — du, da hadden mier fielleicht Iewung drinne, un hamm gesagt: Ae, ihr mit eiern läbbgen Suff, der schmeckt doch nicht. Unn da warn de Kudscher allemal in ihrer Aehre beleid'gt, unn hamm gesagt, das lassense nich off sich sitzen. Se hadden zufällig ä Faß hinden droff, das wär noch nicht gans leer, un wenn mier ausn Heisern naus wärn, da kennten mier ja mal de Gusche ans Schbundoloch halden, ob das Bier nich schmecken däht. Jedesmal hadden die zufällig so ä Faß mit. He, unn was gloobst dn du, wie sicks da seift, glei so ausn Schbundoloch ... Awr das sinn ähm alles Sachen, von den'n de heit'ge Generazjohn keene Ahnung mehr hat. Awr das kommt noch nich wieder.“

„Nee, das werd wohl nich wiederkomm.“

„Sihste, drum häng ich doch so an unsrer glorreichen Vergang'heit. Das iss sozusagen meine deutsche Dreie.“

W. Appelt

steckt noch immer in den Kinderschuhen, der Marxismus ist mit Stumpf und Stiel ausgerottet, ebenso die unabhängige Gewerkschaftsbewegung. Italien braucht nicht wie Deutschland Milliarden für Kriegsschädigungen zu zahlen. Italien gehört im Gegenteil zu den sogenannten Siegerstaaten und hat sein Gebiet durch den Kriegsausgang bedeutend vergrößert. Und trotzdem diese Zustände! Die Lage des Mühlengewerbes ist ein Spiegelbild für die wirtschaftlichen Verhältnisse im heutigen Italien überhaupt.

Italien hat eine Einwohnerzahl von rund 40 Millionen. Nur ein Drittel der Bevölkerung ist in Handel, Industrie und Gewerbe beschäftigt. Deutschland hat eine Bevölkerung von rund 63 Millionen Einwohner, davon zwei Drittel in Handel, Industrie und Gewerbe tätig. Der Umfang der deutschen gewerblichen Unternehmungen ist mehr als doppelt so groß. Trotzdem überstiegen die Konkursziffern in Italien die schon in Deutschland hohen Konkursziffern beträchtlich. Das ist das Paradies der Faschisten!

## Tagung der Arbeitsinvaliden

Die große Organisation der Arbeitsopfer, der Zentralverband der Arbeitsinvaliden mit rund 350.000 Mitgliedern, nahm in diesen Tagen auf einer Reichskonferenz in Berlin zu den Auswirkungen der Notverordnung, die in vielen Tausenden von Fällen für die betroffenen invaliden Rentenempfänger ungeheuerliche Härten schuf, Stellung. Verbandsvorsitzender Karsten, M. d. R., beleuchtete diese Auswirkungen. Seine Kritik klang in eine mit schärfstem Nachdruck abgegebene Versicherung aus, die Organisation der Arbeitsopfer könne sich nie und nimmer mit den durch die Notverordnung entstandenen Ungeheuerlichkeiten abfinden, der Verband werde in der nächsten Zeit alle seine Kräfte mobilisieren, um diese Ungeheuerlichkeiten zu mildern.

In einer Entschließung betonte die Konferenz, daß durch die Bestimmungen über den Fortfall von Rententeilen bei Doppelbezug, Streichung der Kinder- und Waisenbezüge über das 15. Lebensjahr hinaus, Entzug der Witwenrenten für Altwitwen usw. empörendes Unrecht in Hunderttausenden von Rentenfällen geschaffen wurde. Alten und gebrechlichen Menschen, die bisher schon in bitterster Not sich befanden, sind die einzigen Bezüge für den Lebensunterhalt ganz oder zum großen Teil geraubt worden. Die neuen Bestimmungen haben das Elend von Hunderttausenden auf ein unerträgliches Maß gesteigert und damit die Verzweiflungssstimmung noch tiefer ins Volk getragen. Die Verbandsleitung richtet an alle Rentner, die bisher den Kampf der Organisation nicht unterstützten, den Appell, durch Beitritt zum Zentralverband, der trotz Krise und Notverordnung gefestigter als je dastehe, die Abwehr der Arbeitsinvaliden zu verstärken und den Kampf um soziale Gerechtigkeit gegen Faschismus und Sozialreaktion in der „Eisernen Front“ zu führen.

## Unsere Zeitschriften

Technik und Wirtschaftswesen. Von dieser für die Beschäftigten in den Getreide, Mehl, Zucker und Kakao verarbeitenden Industrien bestimmten Fachzeitschrift ist das Februarheft herausgekommen. Aus dem lehrreichen und interessanten Inhalt des Heftes heben wir hervor: Elektrische Anlagen in Bäckereien und Mühlenbetrieben auf dem Lande, Störungen und deren Beseitigung. Moderne Riemtriebe mit Belastungsspannung. Der internationale Schokoladen-Nestle-Konzern. Die Preisentwicklung wichtiger Rohstoffe. Bekämpfung der Kakaomotte durch Gas. Das Wasser und sein Gebrauch in der Backstube. Die Mühlen von Marseille. Die Bäckerei in Schanghai. Nahrungsmittelrechtliche Fragen. Technisch-wissenschaftliche Umschau. Mathematisches aus der Praxis. Arbeitsweise und -material. Aus Gewerbe und Industrie. Rohstoffmarkt. Patente. Literatur.

Das 32 Seiten starke Heft kostet für Verbandsmitglieder 15 Pf. und ist bei allen Funktionären und Ortsgruppen erhältlich.

## Bekanntmachungen des Vorstandes

**Ausschluß:** Auf Antrag der Ortsgruppe Kiel wird Horst Müller, Brauer, geboren 16. Juli 1901 in Dresden, Buchnummer 259 797, wegen Verbandschädigung ausgeschlossen.

## Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 29. Januar bis 4. Februar 1932.

Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 128 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. u. L. H., Berlin NW 40.

Ortsgruppen:  
Eisenach 400,—, Oldenburg 122,50, Berlin 460,56, Bismarck 16,05, Bismarck 5,63, Elmshorn 229,37, Essen 0,45, Göttingen 157,—, Insterburg 28,23, Nesselz 28,23, Passau 15,71, Striegan 6,80, Wartenburg 21,90, Garabona 100,—, Nordheim 289,54, Zwickau 20,90, Gera 15,64, Berlin 29,—, Wilhelmshaven 12,—, Aachen 19,96, Bochum 19,96, Bremen 20,96, Cleve 16,00, Herford 15,16, Krefeld 19,96, Liegnitz 66,30, Neustadt/Harz 16,16, Oldf. 14,92, Trier 168,64, Königsberg/Pr. 19,64,

Rastenburg 40,—, Lauterbach 7,50, Söbisch/Schles. 200,—, Sorau 138,95, Breslau 141,63, Gbrl. 14,8,—, 127,—, Essen 36,60, Nou- münster 11,70, München 181,16, Berlin 90,—, Eiberfeld 36,28, Ilmonau 62,50, Konstanz 80,—, Pirmasens 4,—, Riesa 793,51, Sagan 150,—, Augsburg 38,28, Bayreuth 19,32, Dittsburg 35,60, Rostock 19,64, Würzburg 38,28, Münster 19,96, Düsseldorf 87,63, Stuttgart 79,72, Saalfeld 49,03, Erfurt 38,64.

### Sonstiges:

Berlin 168,—, 0,10, Alfeld 2080,—, Berlin 471,40, Gera 1,80, Beuthen 4,80, Mannheim 15,—, Berlin 553,60, Kamenz 53,12, Meerane 4,88, München 0,75, Berlin 127,50, 9,50, 19,50, 0,30, 88,80, 350,—, Augsburg 700,—, Berlin 9,50, 0,65, Osnabrück 2,90, Essen 5,40, Saalfeld 140,—, Berlin 70,12, Flechern 3,80, Liegnitz 1,25, Leipzig 2,40, Augsburg 1375,—.

## Korrespondenzen

**Altenburg.** Die Süßwarenfabrik Reuscher stellt Zuckerwaren her, deren Mitte ein Hakenkreuz „ziert“. Die Inhaberin, Frau Schmidt, ist natürlich treu deutsch. Unseren Vertretern wurde dort die Tür gewiesen, weshalb Differenzen der organisierten Kollaboranten und Kollegen auf dem Klagewege erledigt werden. Die treu deutsche Firma hat als Hauptabnehmer die Firma Thams und Garff. Empört sich das Herzchen der Frau Schmidt nicht, sich ihre Ware von Juden bezahlen zu lassen? Nebenbei werden auch Gewerkschaftshäuser beliefert. (III D.R.) Reden des Schmidt wie „Ich schmeiße die ganze rote Bande hinaus“, könnten noch nicht verwirklicht werden. Die Firma Reuscher, die der Pleitegeier beängstigend umkreist, würde besser tun, die Süßwaren mit einem Kuckuck herzustellen!

Ein anderes Gebiet ist der Milchhof Lewi, strammer Nazimann und Betriebsleiter, kann natürlich organisierte Gehilfen in „seinem“ Betriebe nicht leiden. Um dem Uebel zu steuern, macht er mit der Schreibmaschine des Geschäftes Abmeldungen an den Verband. Der Kollege braucht nur zu unterschreiben, und hat er unterschrieben, schon ist er Käsemeister! Feine Methode, was? Doch das ist noch nicht alles! Die Molkereigehilfen haben auch Wohnung und Verpflegung im Milchhof. Bei den Mahlzeiten darf nicht mit dem Essen begonnen werden, wenn Lewi noch nicht erschienen ist. Wenn jemand mit dem Essen fertig ist und glaubt nun sein Zimmer aufsuchen zu können, so muß er fragen: „Gestatten, Herr Lewi, daß ich mich entferne?“ Und erst nach huldvoller Genehmigung kann er gehen. Ob dem Milchhof gedient ist, wenn nur Hakenkreuzler seine Milch und seine sonstigen Erzeugnisse abnehmen würden, wagen wir zu bezweifeln. — Aber Kollegen vom Milchhof, nur eines kann helfen, fest zusammenstehen und hinein in den Verband, der sorgt dafür, daß eine solche Gesindeordnung, wenn auch noch ungeschrieben, beseitigt wird. Laßt euch von keinem Lewi Versprechungen machen!

Noch ein ähnlicher Fall. Die Brauerei Ponitz beschäftigt u. a. auch zwei Lehrlinge. Vor Weihnachten wurden sie vom „Junior“ zu einer Hakenkreuztagung kommandiert. Also rin ins Auto! Junior steuert den Wagen. Auf dem Nachhauseweg endet die Fahrt ins Dritte Reich plötzlich an einem Kirschbaum. Das Ergebnis waren verbeulte Köpfe der Lehrlinge. Gehört nun zum Brauerberuf auch das Anhören der Tiraden vom Dritten Reich? Es dürfte in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen sein!

Zum Schluß noch einen kleinen Beweis dafür, wie jüngere Unternehmer Arbeiter entlohnen, wenn sie aus dem Verbandsverbande ausgetreten sind und sich brüsten, dieselbe Nazigesinnung zu haben wie der „Chef“. Eine Malzfabrik in Gößnitz betrog auf diese Weise den gesinnungstüchtigen Arbeiter um wöchentlich 20 Mark. Das ist der Lohn für die „gute“ Gesinnung! Ob der betreffende Arbeiter beim Empfang des Lohnes (es blieb nicht mehr viel übrig) auch noch sagte, der Chef und ich sind Parteigenossen, konnten wir — leider — nicht erfahren. Das sollte doch nun allen Arbeitern die Augen öffnen!

**Bielefeld.** (Zerstörungsarbeit der RGO.) Die Firma Stratmann & Meyer, Bielefeld, läßt die Arbeiten in der Dekorabteilung, die bisher im Akkord gemacht wurden, im Stundenlohn verrichten. Sie teilte dies dem Betriebsrat mit, dabei verwies sie darauf, daß die gleiche Arbeit wie im Akkord geleistet werden müßte, und wenn die Leute es nicht machten, dann sehe sie sich gezwungen, die Abteilung stillzulegen. Verhandlungen sind von seiten der Verbandsleitung sofort aufgenommen worden, um die Angelegenheit im bestmöglichen Interesse der Belegschaft zu regeln.

In der Zwischenzeit berichtete über diese Angelegenheit die in Bielefeld erscheinende kommunistische Zeitung „Der Kämpfer“ in einem sensationell aufgemachten Artikel „40 Proz. Lohnabbau in der Nahrungsmittelindustrie“ und stellte Behauptungen auf, die entweder auf fahrlässiger Information beruhen oder absichtlich falsch gebracht worden sind, um den verhassten Gewerkschaften und Betriebsräten eins auszuwaschen. Es wird behauptet, daß eine Vereinbarung getroffen worden wäre, wonach die Beschäftigten im Stundenlohn bei Akkordtempo weiter beschäftigt werden sollen. Ein aufgelegter Schwindel.

Durch solche verantwortungslose Zeitungsschreiberei wird die Arbeiterschaft schwer geschädigt. Selbstverständlich wird niemand von diesen (vermutlich außerhalb des Betriebes stehenden) RGO-Lenten den Mut aufbringen, persönlich ihr Geschreibsel zu verteidigen, sondern diese Leute bleiben nach wie vor unkontrollierbar und verantwortungslos und werden ihre Giftpfeile auch weiterhin gegen die Organisationen der Arbeiterklasse schleudern, um sie zu schädigen. Doch auch sie werden sich die Zähne dabei ausbeißen, ebenso wie alle anderen Feinde der Gewerkschaften.

**Hannover.** (Neues von der Norddeutschen Keksfabrik.) Wiederholt hat sich die „Einigkeit“ mit dem Zustände dieses Betriebes beschäftigt. Diese Betriebsleitung glaube der Arbeiterschaft alles bieten zu können. Bezahlte Löhne, die zum Teil nicht einmal die Hälfte des Tariflohnes betragen, die Arbeiterinnen wurden gezwungen, aus dem Verbandsverbande auszutreten. Trotz dieses Terrors hatte die Firma kein Glück. Die Organisation steht und wird auch weiterhin die Rechte der Arbeiter wahren. Wie notwendig dies ist, beweist, daß rund 2000 Mk. rückständiger Lohn durch das Arbeits- und Landesarbeitsgericht für unsere Mitglieder ausgeklagt wurden. Tausende von Mark mußte die Firma an Lohn nachbezahlen. Das Ergebnis der letzten Reichstagswahl gab dem Inhaber dieses Musterbetriebes wieder neue Hoffnung, und den Arbeiterinnen wurde erzählt, daß nun die Zeit bald vorbei sei, wo man sich nach Tarifverträgen richten müsse.

Vor einigen Monaten wurden durch zwei junge Mitglieder Flugblätter vor diesem Betrieb verteilt, da ein Kollege eine Reichsbannermütze trug, wurde Prinz junior Er machte das Büropersonal mobil, das dem Kollegen die Reichsbannermütze vernichtete. Eine Anzeige brachte diesem Hitleranhänger einen Tag Haft und die Gerichtskosten. Auch gegenüber einem Verbandsangestellten ist Prinz tötlich geworden.

Kolleginnen der Norddeutschen Keksfabrik! Nicht freiwillig hat Prinz eure Löhne erhöht, sondern nur durch den Verband wurde er gezwungen. Wollen wir ihm zeigen, daß auch „seine“ Arbeiter ein Recht haben als Mensch zu leben, muß jede Kollegin und jeder Kollege Mitglied des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter werden.

**Northeim (Hannover).** Durch Zufall wurde festgestellt, daß ein Brauereibuchhalter der hiesigen Brauerei umfangreiche Unterschlagungen begangen hat. Er buchte nur die Hälfte der Einnahmen für geliefertes Bier und verwendete den Rest für seine Person. Durch besonders betonte Scheinheiligkeit hat er es verstanden, daß dieser Vertrauensbruch ziemlich lange verborgen geblieben ist. Die Höhe der der Stadt entgangenen Steuern soll angeblich 35 000 Mark betragen. Nachdem die Stadtverwaltung die Bürgersteuer auf 300 Proz. heraufgesetzt hat, ist es leicht begreiflich, daß sich in der Arbeiterschaft eine starke Erregung bemerkbar macht, wenn sie sieht, wie leicht es ist, der Stadt Riesensummen vorzuenthalten.

## Gewerkschaftliche Rundschau

**Arbeitskämpfe in Dänemark.** Die dänischen Unternehmer kündigen die Aussperrung von 85 000 Arbeitern an, falls sie dem Lohnabbau um 20 Proz. und dem Abschluß dreijähriger Verträge nicht zustimmen.

**Gewerkschaften und Abrüstung.** Aus Anlaß der in Genf tagenden Abrüstungskonferenz finden nicht nur in Deutschland, sondern auch in Belgien, Frankreich, Dänemark, Estland, Finnland, Griechenland, England, Holland, Rumänien, Schweden und Ungarn gewaltige Demonstrationen statt, in denen in besonderen Petitionen die Abrüstung verlangt wird.

**Spanische Gewerkschaften für die Republik.** Der dem IGB angeschlossene spanische Gewerkschaftsbund wendet sich in einer Proklamation gegen die unverantwortliche Streikhetze und warnt, diesen Provokationen zum Streik Gehör zu schenken. Mit Recht wird betont, daß die Arbeiterschaft dadurch nur ihre Kraft verzettelt, die sie zu einer späteren Zeit dringend benötigt.

**25 Jahre Straßenbahnerorganisation.** Die Straßenbahner, die eine Reichssekktion im Gesamtverband bilden, können in diesen Tagen auf ihr fünfundzwanzigjähriges Organisationsjubiläum zurückblicken. Die Gründung der freigewerkschaftlichen Organisation erfolgte am 28. und 29. Januar 1907 in München und es gelang unter den schwierigsten Verhältnissen im Laufe der Jahre eine straffe Interessenvertretung zu schaffen. Heute kann die Reichssekktion der Straßenbahner im Gesamtverband 60 000 Mitglieder zählen und stellt somit einen achtunggebietenden Faktor dar.

## Sozial- und Wirtschaftspolitik

**Deutscher Außenhandel 1931.** Deutschland steht an erster Stelle in der Welt mit der Ausfuhr im reinen Warenverkehr. Es überflügelte England und auch die Vereinigten Staaten. Im Jahr 1931 ist der Wert der Ausfuhr auf 9,6 Milliarden gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Ausfuhr um 2,43 Milliarden Mk. vermindert. Nach vorliegender Schätzung ist diese wertmäßig verminderte Ausfuhr überwiegend auf die Preisrückführung zurückzuführen, so daß mengenmäßig tatsächlich nur für rund eine Milliarde Mark weniger ausgeführt wurde. Besonders erfreulich ist es, daß der Anteil der Fertigwaren an der Ausfuhr sich von 73 auf 76 Proz. erhöht hat.

Die Einfuhr ausländischer Waren ist im Berichtsjahr um 35 Proz. geringer gewesen als im Vorjahr. Während im zweiten Halbjahr 1930 noch für 4,7 Milliarden Mark Waren eingeführt wurden, hat sich die Einfuhr in der gleichen Zeit des Jahres 1931 auf 2,9 Milliarden verringert. Doch dürfte auch bei der Einfuhr der Preisrückgang eine wesentliche Rolle spielen. Geschätzt wird, daß mehr als die Hälfte der verringerten Einfuhr darauf entfallen.

Aus der Gegenüberstellung der Ausfuhr- und Einfuhrziffern ergibt sich ein Ausfuhrüberschuß in Höhe von 2,57

Milliarden Mark. Der Ueberschuß ist gegenüber dem Vorjahr um 1200 Mk. höher, der auf die starke Schrumpfung der Einfuhr und Senkung der Einfuhrpreise zurückzuführen ist.

Der Dezemberabschluß des Außenhandels ergibt einen Ausfuhrüberschuß in Höhe von 250 Mill. Mk. Er ist gegenüber dem Vormonat um 17 Mill. Mk. geringer. Die Einfuhr ist um 6 Mill. Mk. gestiegen. Mengemäßig beträgt die Steigerung etwa 5 Proz. Sie entfällt fast ausschließlich auf die Mehreinfuhr von Rohstoffen. Da in den vorhergehenden Monaten die Rohstoffeinfuhr stetig angestiegen ist, ist zu erwarten, daß sich die innerdeutsche Produktion etwas beleben wird.

Lohnsteuererstattung. Die unerträglichen Härten, die bei Erhebung der Bürgersteuer und infolge Aufhebung der Lohnsteuererstattungen entstanden sind, veranlaßten die Sozialdemokratische und die Zentrumsparthei, sowie die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen beim Reichsfinanzminister vorstellig zu werden. Es wurde vorgetragen, daß die unerhörten Auswirkungen der durch die Notverordnung eingetretenen Härten unbedingt beseitigt werden müssen. In vielen Fällen kann nachgewiesen werden, daß Kurzarbeiter, die weniger verdienen als die Arbeitslosenunterstützung betragt und sogar deren Lohn oftmals unter den Richtsätzen der Wohlfahrtsunterstützung bleibt, unmöglich zur Aufbringung der Bürgersteuer veranlaßt werden können. Es wurde gefordert, volle Befreiung aller Lohn- und Gehaltsempfänger, die infolge Kurzarbeit oder aus anderen Gründen weniger verdienen als die Richtsätze der Wohlfahrtspflege betragen, und Ermäßigung der Bürgersteuer auf die Hälfte bei allen lohnsteuerfreien Arbeitnehmern, wobei das Einkommen zur Zeit der Zahlung der Bürgersteuer zugrunde zu legen ist.

Der Reichsfinanzminister erkannte die Berechtigung beider Forderungen an, und sagte zu, er werde wegen der Befreiung der Einkommen unter den Wohlfahrtsätzen eine Vereinbarung mit dem Deutschen Städtetag und den übrigen kommunalen Spitzenverbänden herbeiführen. Er werde auch dafür eintreten, daß spätestens vom 24. Februar ab bei allen lohnsteuerfreien Arbeitnehmern nur noch der halbe Satz der Bürgersteuer zu erheben ist.

In der Frage der Lohnsteuererstattung wurde gefordert, daß auf alle Fälle die Erstattungen aus Billigkeitsgründen auf Grund des § 131 der Reichsabgabeordnung wieder in Kraft gesetzt werden müssen.

Hierzu bemerkte der Reichsfinanzminister, er halte es im Augenblick nicht für vertretbar, dieser Forderung zu entsprechen, er sagte aber eine nochmalige abschließende Prüfung zu.

Die Sozialdemokratie wird sich ihre Stellungnahme zu den Vorschlägen des Reichsfinanzministers vorbehalten. Jetzt muß aber schon gesagt werden, daß es eine Ungerechtigkeit in höchstem Ausmaße ist, wenn von den Lohn- und Gehaltsempfängern für jene Beträge Lohnsteuer aufgebracht werden muß, die sie infolge Krankheit in der Familie oder für andere unvorhergesehene Fälle aufzuwenden hatten. Der Gerechtigkeit spricht es Hohn, wenn nur von den Lohn- und Gehaltsempfängern eine Uebersteuerung ihres kargen Einkommens gefordert wird. Daher haben die Bestimmungen in der Notverordnung keine Berechtigung, sie müssen recht bald verschwinden.

Gefrierfleischfrage erneut akut. Bekanntlich hatte die Fraktion der SPD. des Reichstages beantragt, daß jährlich ein Kontingent von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch zugelassen würde. Diesem Antrag stimmte der Reichstag mit 223 gegen 149 Stimmen in seiner Sitzung am 4. März 1931 zu, jedoch erhob der Reichsrat gegen diesen Beschluß Einspruch. Nunmehr hat sich der Reichstagsausschuß mit dem Einspruch des Reichsrates in einer Sitzung am 5. Februar erneut mit dieser Frage beschäftigt und ihn abgewiesen. Ob diese Zurückweisung praktische Bedeutung hat, ist mehr als fraglich, weil alle Gesetze dann mit einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages beschlossen werden müssen, sobald der Reichsrat gegen sie Einspruch erhebt. Damit ist aber kaum zu rechnen, daß sich eine Zweidrittelmehrheit zugunsten von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch findet.

Schlachtsteuer in Bayern bleibt. Bayern hält mit aller Hartnäckigkeit an der Beibehaltung der Schlachtsteuer fest. Am 28. Januar beschäftigte sich der Landtag mit dem Beschluß des Verfassungsausschusses, die Schlachtsteuer bis 31. März 1933 zu verlängern. Bei namentlicher Abstimmung wurden alle Anträge auf Aufhebung der Schlachtsteuer mit 57 gegen 37 Stimmen abgelehnt, da keine andere Möglichkeit bestehen soll, das 20-Millionen-Defizit Bayerns zu decken. Beschlissen wurde, daß das Vieh und die Veredelungsprodukte der Viehwirtschaft von der erhöhten Umsatzsteuer befreit werden.

Ergebnisse der Schlachtsteuer in Sachsen. Nach Ermittlungen des sächsischen Finanzministeriums ergab die Schlachtsteuer in der Zeit von April bis Dezember 1931 den Betrag von 10,58 Mill. Mk.

Preußische Schlachtsteuerpläne ad acta! Das preußische Finanzministerium erklärte, daß es jetzt, nachdem das Reich für Preußen die Beteiligung in Höhe von 50 Millionen an Grundkapital und Reserven an der im September 1930 gegründeten Siedlungsbank übernehme, kein Interesse mehr an der Einführung der Schlachtsteuer habe. Der Fehlbetrag Preußens würde etwa der Höhe der Kredite an der Siedlungsbank entsprechen, wodurch ein Ausgleich über die Schlachtsteuer erreicht werden sollte. Durch diese Erklärung ist die Gefahr der Einführung der Schlachtsteuer und der künstlichen Fleischverteuerung endgültig gebannt. Inzwischen hat sich auch der Hauptausschuß des Preußischen Landtages mit dieser Sache beschäftigt, wobei sich alle vertretenen Fraktionen gegen die Weiterverfolgung dieses Planes aussprachen.

Unternehmertum

Freunde der Bäckermeister. Der Inflationssachverständige der Nazis, Feder, erklärte in Lüneburg über seine Wirtschaftspläne: „Wenn die Nazis am Ruder sind, darf das Volk nur noch Schwarzbrot essen. Alle Einfuhr wird gedrosselt. Die erforderlichen Rohstoffe werden mit Tauschgütern bezahlt. Durch die Einrichtung einer Wasserstoffgasversorgung werden eine Million Arbeitslose beschäftigt, eine weitere Million wird in den Arbeitsdienst übernommen, der Rest durch Umstellung vom Import zur Binnenmarktwirtschaft, sowie durch Förderung des Bau- und Siedlungswesens versorgt. Großhandel, Verkehrs-, Geld- und Kreditwesen werden verstaatlicht und die Hoheitsrechte über Reichsbahn und Reichsbank zurückgenommen. Durch Abkehr von der Goldwährung wird erreicht, daß Frankreich auf seinem Goldberge verhungert.“

Die Bäckermeister werden große Freude an diesen Ausführungen ihres politischen Freundes haben. Wenn sie nur Schwarzbrot herstellen dürfen, dann kann ein großer Teil der Kleinbetriebe recht bald schließen und sich dann in die Reihen der Hitlergardien aufnehmen lassen. Wir glauben jedoch nicht, daß durch die Erklärung der Nazis den Bäckermeistern die Augen geöffnet werden.

4250 Mark pro Stimme. Der frühere Propagandaleiter der Zentralverwaltung der Wirtschaftspartei, H. Klett, hat eine Streitschrift herausgegeben: „Der Untergang des Mittelstandes — der Zerfall der Wirtschaftspartei.“ Im Abschnitt „Wahlgelder“ (Seite 42) lesen wir:

Bei der Wahl überwies der Hausbesitzerverband an seine Vertreter innerhalb der Wirtschaftspartei, und zwar an die Herren Professor Dr. Bredt, Lucke, Dr. Jörrissen und Rhode je 4250 Mark. Obwohl Herr Colosser nicht als Vertreter des organisierten Hausbesitzes angesprochen werden kann, sind für seine Person bei der letzten Wahl ebenfalls 4250 Mark angewiesen worden, und zwar als Anerkennung dafür, daß er für den erkrankten Jörrissen im Jahre 1930 die Vertretung im Reichsausschuß bei der Aufwertungsnovelle übernommen und zur Zufriedenheit der Hausbesitzer auch durchgeführt hatte.

4250 Mark zum ersten! Wer bietet mehr?

Internationales

Zum Gedenken von Franz Silberer. Vor 20 Jahren ist durch ein Bergunglück der Führer unserer österreichischen Bäckereiarbeiter tödlich verunglückt. Groß waren die Verdienste von Silberer um den kulturellen und sozialen Aufstieg der Bäckereiarbeiter. Von den Christlichen wurde das Andenken des Verunglückten in der gemeinsten Weise besudelt und die unerhörte Lüge verbreitet, er sei mit Gewerkschaftsgeldern nach Amerika geflohen. Von den österreichischen Kollegen werden anlässlich des Gedenktages Versammlungen der Bäckereiarbeiter veranstaltet. Ferner werden die Salzburger Naturfreunde in besonderer Weise das Andenken von Franz Silberer ehren. Wir wollen unser Gelöbnis am Todestage unseres unvergeßlichen Freundes erneuern, stets mit aller Macht und größtem Opfermut an dem Weiterbau unserer wirtschaftlichen und sozialen Erungenschaften tätig zu sein.

Dänemark. Kündigung der Kollektivverträge der Fleischer. Sowohl von seiten der Unternehmer wie der Arbeiter wurden die Kollektivverträge in den Genossenschaftsschlächtereien zum 1. April gekündigt. Die Unternehmer begründen die Kündigung durch die herrschende Agrarkrise und wollen die Löhne ermäßigen; der Verband begründet die Kündigung mit den schlechten Währungsverhältnissen, die der dänischen Krone eine Wertverminderung von 30 Proz. gebracht haben und fordert Lohnerhöhung. Verhandlungen werden demnächst aufgenommen.

Literatur

Eiserne Front. Vier Aufrufe. 16 Seiten. Preis 15 Pf. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

In dieser Broschüre sind die Aufrufe der Führer der an der Eisernen Front beteiligten Organisationen enthalten. Otto Wels, der Vorsitzende der SPD., kennzeichnet in kurzen Worten die politische Situation. Härtmann, der Vorsitzende des Reichsbanners, faßt den Inhalt seiner Ausführungen in dem Satz zusammen: Heute rufen wir — morgen schlagen wir. Graßmann vom ADGB. schildert in eindringlichen Worten die Folgen für die Gewerkschaften, wenn Hitler siegen würde. Und Wildung, der Vorsitzende der Arbeitersportler, legt namens seiner Organisation das Treubekenntnis zur Sache des demokratischen Sozialismus ab.

Rußland und der Sozialismus. Von der Arbeitermacht zum Staatskapitalismus. Von Otto Männchen-Helfen. 30 Seiten. Preis 20 Pf. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Der Verfasser ist einer der besten Kenner der Wirtschaft Rußlands. Er hat sich seine Kenntnisse durch gründlichstes Studium an Ort und Stelle erworben. Seine Darlegungen tragen sehr viel dazu bei, die russische Industrialisierung sowie die Kollektivisierung verständlich zu machen.

Das neue Volk — Der neue Staat. Sieben Ansprachen. Von Adolf Grimme, Kultusminister in Preußen. 32 Seiten. Preis 20 Pf. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Dem Ethos des neuen Staatsbegriffes hat kein verantwortlicher Staatsmann so packenden und überzeugenden Ausdruck zu geben vermocht wie Adolf Grimme, Preußens Kultusminister. Sieben seiner durch Tiefe der Gedanken und durch Reife der Form ausgezeichneten Reden sind in dieser Broschüre vereinigt. Die Lektüre bedeutet Genuß und Gewinn.

Gewalttaten der Nationalsozialisten. Der Parteivorstand der SPD. hat in einer umfangreichen Denkschrift, die den zuständigen Behörden überreicht wurde, in übersicht-

licher Weise alle Terrorakte zusammengestellt, die von den Nazis bis zum 1. Dezember 1931 begangen wurden. In dieser Denkschrift, die 240 Seiten umfaßt, sind rund 1500 Morde, Ueberfälle, Verwundungen, Mißhandlungen usw. registriert und einwandfrei belegt. 62 Tote und weit über 3000 Schwer- und Leichtverwundete sind die Opfer dieser Gewalttaten. Soweit diese gerichtlich abgeurteilt wurden, ist festgestellt worden, daß in 53 Fällen kriminell Vorbestrafte die Täter gewesen sind, wovon 3 Täter mehr als 20 Vorstrafen aufzuweisen haben. In 584 Fällen konnte einwandfrei eine Bewaffnung festgestellt werden, darunter allein 166mal der Besitz von Schußwaffen bis zum Maschinengewehr. 9 Waffenlager wurden ausgehoben, 8mal wurde der Besitz von Sprengstoff festgestellt. Diese Liste ließe sich beliebig verlängern. Doch dieser Auszug genügt, um zu zeigen, mit welchen Mitteln das Dritte Reich errichtet und geleitet werden soll.

Karl Severing. Eine Biographie von Dr. Hans Menzel. 87 Seiten. Preis 1,25 Mk. Historisch-Politischer Verlag, Berlin SW 68.

Die Schrift Dr. Menzels ist das erste Glied einer Reihe von Porträts, mit deren Herausgabe der HPV. den Versuch unternimmt, die verantwortlichen Führer des politischen Geschehens der letzten dreizehn Jahre dem Volke in ihrer geschichtlichen Bedeutung durch den Nebel der Parteipolitik und der Parteikämpfe hindurch sichtbar zu machen. In kurzen Strichen zeichnet der Verfasser das Lebensbild Karl Severings, eines der markantesten politischen Persönlichkeiten des neuen Deutschlands. Die Anschaffung des Buches ist zu empfehlen.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Böttcher, Nahrungsmittel-, Getränke- und anderer Arbeiter

Achtung! Gefahr!

Werte Kollegen! Durch die neue Notverordnung wird das Einkommen unserer Kollegen weiter herabgesetzt. Dieses bedingt, daß alle hiervon Betroffenen in eine niedrigere Stufe der Krankenkasse geraten.

Keine Kasse darf in Zukunft über die Regelleistungen hinausgehen. Die neue Notverordnung bestimmt, daß keine Kasse über 50 Proz. des Grundlohnes an Krankengeld zahlen darf, und nicht über 26 Wochen hinaus. Das Hausgeld darf stets nur 50 Proz. des Krankengeldes betragen.

Jeder bisher von den Kassen gezahlte Zuschuß fällt fort. Unterbringung in Erholungsheimen, notwendige Hauspflege usw., alles fällt in Zukunft weg.

Jeder Unfall und jede Krankheit wird wieder wie früher stets eine wirtschaftliche Not ins Haus bringen.

Wie können sich unsere Kollegen hiergegen schützen????

Einzig und allein durch Beitritt zu einer Zuschußkasse, diese fallen nicht unter die Notverordnung. Da in Zukunft die Beiträge der Ortskassen auf 5 Proz. gegen heute 6 1/2 bis 7 Proz. gesenkt werden müssen, werden auch die Abzüge um 60 bis 80 Pf. für jeden Kollegen niedriger. Hier ist gleich die Beitragsfrage für eine Zuschußkasse gelöst. Jeder Kollege ist dadurch in der Lage, sich einer Zuschußkasse anzuschließen. Wer künftig im Falle einer Erkrankung mit seiner Familie Not leiden muß, hat es selber verschuldet und ist nicht zu bedauern. Zu bedauern sind einzig diejenigen, die das Alter an dem Eintritt in eine Zuschußkasse hindert.

Darum Kollegen, versäumt nicht den rechtzeitigen Beitritt, Krankheit und Unfall kommen über Nacht.

Aufgenommen wird jeder gesunde Kollege bis zum 45. Lebensjahre. Eintrittsgeld 1 Mk.

Beitrag I. Klasse 40 Pf., Unterstützung 6,60 Mk. pro Woche. Beitrag II. Klasse 60 Pf., Unterstützung 9,90 Mk. pro Woche.

Bis zur Dauer von 26 Wochen. Außerdem Sterbegeld.

Zur Zeit bestehen rund 70 Zahlstellen. Wo noch keine ist, wird Gründungsmaterial sofort zur Verfügung gestellt. Jede Auskunft wird umgehend vom Unterzeichneten erteilt.

Mit kollegialem Gruß

Albert Kindt, Hauptkassierer, Bremen, Wiechmannstraße 4

Unserm Kollegen Friedrich Wagner sowie seiner lieben Frau Katharina nachträglich zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [2,40] Die freigeorganierten Kollegen der Schultheiß-Brauerei Weißenthurm. Ortsgruppe Koblenz.

Unserm Verbandskollegen Paul Freyer, Bierbrauer, zu seinem 25-jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [2,10] Die Kollegen der Brauerei St. Lutzen-Hechingen-Hohenzollern Ortsgruppe Stuttgart

Unserm lieben Kollegen Hans Gottschling nebst seiner lieben Frau Kollegin Maria Brandt nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,10] Sektion Fleischer. Ortsgruppe Oldenburg.

Nachruf! Im Jahre 1931 verstarb unser Kollege Otto Rasche. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. [2,70] Ortsgruppe Detmold.

Nachruf! Am 29. Januar 1932 verstarb nach kurzer Krankheit unser Kollege, der Müller Adolf Neumann im Alter von 28 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm! [4,20] Die Kollegen der Ortsgruppe Worms.

Nachruf! Am 30. Januar 1932 verstarb unser Kollege, der Brauer Leopold Zimmermann. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Kollegen der Schloßbrauerei Wächtersbach und Ortsgruppe Hanau a. M.

Nachruf! Verstorbene Mitglieder im Januar 1932: Oswald Bürger, Stallmann, Invalide Robert Dummer, Brauereiarbeiter Stegfried Bernadt, Flaschenkellerarbeiter Karl Rusch, Böttcher Hermann Loß, Bäcker Gustav Welluhn, Flaschenkellerarbeiter Robert Bartelt, Faßfahrer, Invalide Ferdinand Wohlgenuth, Hilfsarbeiter, Invalide Elisabeth Knauer, Süßwarenbranche Franz Klapschus, Brauereiarbeiter Karl Caseler, Bäcker, Invalide [12.—] Wir werden ihnen immer ein ehrendes Andenken bewahren. Ortsgruppe Berlin

Nachruf! Im Jahre 1931 sind folgende Mitglieder durch den Tod von uns geschieden: Willy Zimmermann, Bierfahrer, 43 Jahre Paul Müller, Bierfahrer, 50 Jahre Max Reinhardt, Brauer, 47 Jahre Paul Müller, Bierfahrer, 42 Jahre Wilhelm Nocke, Invalide, 73 Jahre Bernhard Kriegsmann, Bäcker, 60 Jahre Otto Höhl, Bäcker, 33 Jahre Karl Liebers, Bäcker, 49 Jahre Emil Berger, Böttcher, 73 Jahre Otto Görner, Invalide, 59 Jahre Emil Harz, Brauer, 61 Jahre Josef Tobiasch, Bäcker, 38 Jahre Reinhard Ludewig, Zimmerer, 43 Jahre [13.80] Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren. Ortsgruppe Chemnitz

Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

# Frauenrecht

## JAROSLAV HÁSEK: Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer  
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner  
Copyright by Verlag Ad. Synok, Prag

5. Fortsetzung

3.

### Schwejk vor den Gerichtsärzten.

Die sauberen, gemütlichen Zimmerchen des Landesstraßengerichts machten auf Schwejk den günstigsten Eindruck. Die weißgetünchten Wände, die schwarzlackierten Gitter und auch der dicke Herr Demartini, Oberaufseher in der Untersuchungshaft, mit den violetten Aufschlägen und der violetten Borte an der ärarischen Kappe. Die violette Farbe ist nicht nur hier vorgeschrieben, sondern auch bei religiösen Zeremonien am Aschermittwoch und Karfreitag.

Die glorreiche Geschichte der römischen Herrschaft über Jerusalem wiederholte sich. Man führte die Häftlinge heraus und stellte sie unten im Erdgeschoß vor die Pilatus des Jahres 1914. Und die Untersuchungsrichter, Pilatus der Neuzeit, ließen sich, statt sich in allen Ehren die Hände zu waschen, bei Teissig Gulasch und Pilsner Bier holen und lieferten der Staatsanwaltschaft neue und neue Klagen ab.

Hier schwand zumeist alle Logik und der Paragraph siegte, der Paragraph drosselte, der Paragraph verblödete, der Paragraph prasselte, der Paragraph lachte, der Paragraph drohte und verzicht nicht. Es waren Jongleure des Gesetzes, Opferpriester der Buchstaben des Gesetzes, Angeklagtenfresser, Tiger des österreichischen Dschungels, die ihren Sprung auf den Angeklagten nach der Nummer des Paragraphen berechneten.

Eine Ausnahme bildeten einige Herren (ebenso wie bei der Polizeidirektion), die das Gesetz nicht so ernst nahmen, denn man findet überall Weizen zwischen Spreu.

Zu einem solchen Herrn führte man Schwejk zum Verhör. Ein alter Herr von gutmütigem Aussehen, der, als er einst den bekannten Mörder Valesch verhörte, niemals zu sagen vergaß: „Bitte, nehmen sie Platz, Herr Valesch, hier ist gerade ein leerer Stuhl.“

Als man Schwejk brachte, forderte er ihn mit der ihm angeborenen Liebenswürdigkeit auf, sich zu setzen und sagte:

„Also Sie sind der Herr Schwejk?“

„Ich denk,“ entgegnete Schwejk, „daß ichs sein muß, weil auch mein Vater ein Schwejk und meine Mutter eine Schwejk war. Ich kann ihnen nicht so eine Schande antun, meinen Namen zu verleugnen.“

Ein freundliches Lächeln huschte über das Gesicht des Untersuchungsrichters.

„Sie haben sich aber eine hübsche Geschichte eingebrockt. Sie haben hübsch viel auf dem Gewissen.“

„Ich hab immer viel auf dem Gewissen,“ sagte Schwejk, indem er noch freundlicher lächelte als der Herr Untersuchungsrichter, „ich hab vielleicht noch mehr auf dem Gewissen, als Sie, Euer Gnaden.“

„Das geht aus dem Protokoll hervor, das Sie unterschrieben haben,“ sagte in nicht minder freundlichem Ton der Untersuchungsrichter, „hat man auf der Polizei keinen Druck auf Sie ausgeübt?“

„Aber woher denn, Euer Gnaden. Ich selbst hab sie gefragt, ob ichs unterschreiben soll, und wie sie gesagt ham, ich solls unterschreiben, hab ich ihnen gefolgt. Ich wer mich doch nicht mit ihnen wegen meiner eigenen Unterschrift raufen. Damit möcht ich mir ganz bestimmt nicht nützen. Ordnung muß sein.“

„Fühlen Sie sich ganz gesund, Herr Schwejk?“

„Ganz gesund grad nicht, Euer Gnaden, Herr Rat. Ich hab Rheuma, ich schmer mich mit Opodeldok.“

Der alte Herr lächelte wiederum freundlich: „Was möchten Sie dazu sagen, wenn wir Sie von Gerichtsärzten untersuchen lassen würden?“

„Ich denk, daß es mit mir nicht so arg is, daß die Herren mit mir überflüssig Zeit verlieren. Mich hat schon irgendein Herr Doktor auf der Polizeidirektion untersucht, ob ich keinen Tripper hab.“

„Wissen Sie was, Herr Schwejk, wir werden es halt doch mit den Herren Gerichtsärzten versuchen. Wir werden hübsch eine Kommission zusammenstellen, gehen Sie in Untersuchungshaft und inzwischen ruhen Sie sich hübsch aus. Vorläufig noch eine Frage: Sie solten dem Protokoll zufolge erklärt und verbreitet haben, daß jetzt bald ein Krieg ausbrechen wird?“

„Das bitte ja, Euer Gnaden, er wird in der aller-nächsten Zeit ausbrechen.“

„Und werden Sie nicht von Zeit zu Zeit von irgend-welchen Anfällen gepackt?“

„Nein, bitte sehr, nur einmal häft mich fast ein Automobil auf Karlsplatz gepackt, aber das is schon paar Jahre her.“

Damit war das Verhör beendet. Schwejk reichte dem Herrn Untersuchungsrichter die Hand und als er in seine Zelle zurückkehrte, sagte er zu seinem Nachbar:

„So wenn mich also wegen dem Mord am Herrn Erzherzog Ferdinand die Gerichtsärzte untersuchen.“

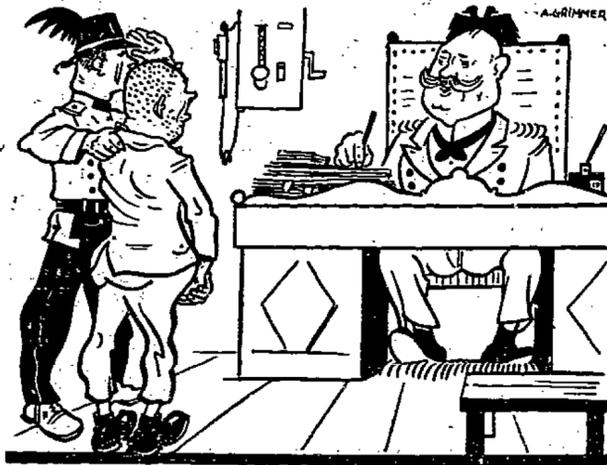
„Ich bin auch schon von den Gerichtsärzten untersucht worden,“ sagte ein junger Mann, „das war damals, als ich wegen der Teppichen vor die Geschworenen ge-

kommen bin. Man hat mich für schwachsinnig erklärt. Jetzt hab ich eine Dampfdreschmaschine veruntreut und man kann mir nichts machen. Mein Advokat hat mir gestern gesagt, wenn ich schon einmal für schwachsinnig erklärt worden bin, so muß ich davon schon fürs ganze Leben ein Vorteil haben.“

„Ich glaub diesen Gerichtsärzten nichts“, bemerkte ein Mann von intelligentem Aussehen. „Wie ich einmal Wechsel gefälscht hab, hab ich für alle Fälle die Vorlesungen vom Doktor Heveroch besucht, und wie sie mich erwischt haben, hab ich einen Paralytiker simuliert, genau so wie ihn Herr Doktor Heveroch geschildert hat. Ich hab einen Gerichtsarzt von der Kommission ins Bein gebissen, hab die Tinte aus dem Tintenfaß ausgetrunken und hab mich, mit Vergeben, meine Herren, vor der ganzen Kommission in einem Winkel ausgemacht. Aber dafür, daß ich einem die Wade durchgebissen hab, haben sie mich für vollkommen gesund erklärt und ich war verloren.“

„Ich fürcht mich nicht ein bißl vor diesen Herren,“ verkündete Schwejk, „wie ich beim Militär gedient hab, hat mich ein Tierarzt untersucht und es is ganz gut ausgefallen.“

„Die Gerichtsärzte sind Schuffte,“ ließ sich ein kleiner verhutzelter Mensch vernehmen, „neulich hat man durch irgendeinen Zufall auf meiner Wiese ein Skelett gefunden und die Gerichtsärzte ham gesagt, daß dieses Skelett vor vierzig Jahren mit irgendeinem stumpfen Gegenstand in den Kopf erschlagen worden ist. Ich bin acht-



„Also Sie sind der Herr Schwejk?“

unddreißig Jahre alt und ich bin eingesperrt, obwohl ich einen Tauschein, einen Auszug aus der Matrik und einen Heimatschein hab.“

„Ich denk,“ sagte Schwejk, „wir sollten alles von einer bessern Seite betrachten. Jeder kann sich irren, und er muß sich irren, je mehr er über etwas nachdenkt. Die Gerichtsärzte sind Menschen, und Menschen ham ihre Fehler. So wie einmal in Nusle, grad bei der Brücke über den Botitsch, da is einmal in der Nacht ein Herr zu mir gekommen, wie ich vom „Banzet“ nach Haus gegangen bin, und hat mir mit einem Ochsenziemer eins über'n Kopf gegeben und wie ich am Boden gelegen bin, hat er auf mich geleuchtet und sagt: „Das is ein Irrtum, das is er nicht.“ Und is darüber so in Wut geraten, daß er sich geirrt hat, daß er mir noch eins über'n Rücken gehaut hat. Das liegt schon so in der menschlichen Natur, daß sich der Mensch bis zu seinem Tod irrt. Wie der Herr, der in der Nacht einen halb erfrorenen tollen Hund gefunden hat und ihn mit nach Haus genommen hat und der Frau ins Bett gesteckt hat. Wie sich der Hund erwärmt hat und zu sich gekommen is, hat er die ganze Familie gebissen und den Jüngsten in der Wiege hat er zerrissen und aufgefressen. Oder wer ich euch ein Beispiel erzähl, wie sich bei uns im Haus ein Drechsler geirrt hat. Er hat sich mit dem Schlüssel die Podoler Kirche aufgemacht, weil er geglaubt hat, daß er zu Haus is, hat sich in der Sakristei ausgezogen, weil er geglaubt hat, daß das bei ihnen die Küche is, und hat sich auf den Altar gelegt, weil er geglaubt hat, daß er zu Haus im Bett is, und hat ein paar von diesen Deckerln mit heiligen Inschriften auf sich gelegt und untern Kopf das Evangelium und noch andre geweihte Bücher, damit ers hoch unterm Kopf hat. Früh hat ihn der Küster gefunden und er sagt ihm ganz gutmütig, wie er zu sich gekommen is, daß es ein Irrtum is. „Hübscher Irrtum,“ sagt der Küster, „wenn wir wegen so einem Irrtum die Kirche von neuem einweihen lassen müssen.“ Dann is dieser Drechsler vor den Gerichtsärzten gestanden und die ham ihm bewiesen, daß er ganz zurechnungsfähig und nüchtern war, weil, wenn er besoffen gewesen wär, so hätt er herich mit dem Schlüssel nicht in dieses Schloß in der Kirchentür getroffen. Dann is dieser Drechsler in Pankratz gestorben. Oder erzähl ich euch noch ein Beispiel, wie sich in Kladno ein Polizeihund geirrt hat, der Wolfshund von dem bekannten Wachtmeister Rotter. Wachtmeister Rotter hat diese Hunde gezüchtet und hat Versuche mit Landstreichern gemacht, bis alle Landstreicher angefangen ham, dem Kladnoer Kreis auszuweichen. Da hat er den Befehl gegeben, daß die Gendarmen, kost's was kost, irgendeinen verdächtigen Menschen bringen solln. Da ham sie ihm einmal einen ziemlich anständig angezogenen Menschen gebracht, den sie in den Laner Wäldern auf irgendeinem Holzstamm sitzen gefunden ham. Gleich ham sie ihm Stückerl vom Rockschoß abschneiden lassen, den hat er seinen Gendarmenpolizeihunden zu riechen geben und dann ham sie diesen Menschen in eine Ziegelei hinter der Stadt geführt und auf seine Spur diese dressierten Hunde losgelassen, die ihn gefunden und wieder zurückgebracht ham. Dann hat dieser Mensch über irgendeine Leiter

## Was haben die Frauen der Mitglieder vom Verband?

Furchtbare Zeugnisse, die kein Kriegsbericht übertrifft, enthält der vom Reichsversicherungsamt herausgegebene Bericht über die entschädigungspflichtigen Betriebsunfälle für das Jahr 1930. Eine Fülle menschlicher Leiden und Qualen wird hier gezeigt, die die Schattenseiten der technischen Wunder moderner Produktion darstellt.

Im Jahre 1930 unterlagen der Unfallversicherung etwa 27,19 Millionen Personen. Es ereigneten sich 1 166 895 Betriebsunfälle, von denen 153 489 entschädigungspflichtig waren und 7968 tödlich verliefen.

Was den modernen Lohnarbeiter an Gefahren umlauert, die ihn mitten in der Arbeit treffen können, ist fein säuberlich geordnet und gruppiert in dem Bericht. Was der Bericht aber nicht enthält und erzählt, das sind die Kämpfe, die die Unfallverletzten und ihre Hinterbliebenen um ihr Recht gegenüber den Berufsgenossenschaften auszufechten haben. Der Kampf um die Rente zeigt aber, daß die Sozialversicherung nicht lediglich Begeisterungsangelegenheit warmherziger Sozialpolitiker ist. Im Kampf der Verletzten und ihrer Hinterbliebenen um ihre Rechte nimmt sich der Verband ihrer hilfreich an. Haben doch die Mitglieder und im Todesfall durch Unfall die Hinterbliebenen der Mitglieder nach § 48 der Satzungen Anspruch auf Rechtsschutz.

Kopfschlachter G. zog sich beim Schlachten dänischer Tiere, die tuberkulös waren, eine Verletzung und im Anschluß hieran eine Blutvergiftung zu, an der er später starb. Seine Witwe verlangte von der Berufsgenossenschaft Hinterbliebenenrente. Die Berufsgenossenschaft lehnte ab, einmal, weil der Verstorbene als Kopfschlachter selbständig, daher nicht versicherungspflichtig war, zum andern, weil ein Betriebsunfall ihrer Meinung nach nicht erwiesen sei. Die Witwe wurde durch Arbeitskollegen an den Verband verwiesen. Der Verband nahm sich der Sache an und legte für die Witwe Berufung beim Obergewerkschaftsamt ein. Der Verbandsvertreter beantragte, der Witwe das gesetzliche Sterbegeld und die erhöhte Witwenrente zu gewähren und veranlaßte, daß ein Gutachten des Gerichtsarztes darüber eingeholt würde, daß der Tod des Verstorbenen auf das Ausfließen tuberkulöser dänischer Rinder zurückzuführen und somit Unfallfolge sei. Nach langwierigen Verhandlungen und Beweisaufnahmen kam es anderthalb Jahre nach der Bescheiderteilung zur Entscheidung durch das Obergewerkschaftsamt. Das Gericht entschied, daß Kopfschlachter unfallversicherungspflichtig sind. Nach der Beweisaufnahme in Verbindung mit dem Gutachten des Gerichtsarztes erachtete das Gericht weiter den von der Berufsgenossenschaft bestrittenen Unfall für erwiesen, insofern als sich der Verstorbene beim Ausfließen tuberkulösen dänischen Viehs den linken Mittelfinger aufriß, infolgedessen eine Zellgewebsentzündung, Blutvergiftung und mit überwiegender Wahrscheinlichkeit dadurch eine Entzündung der Herzklappen und des Herzmuskels erlitt, die schließlich zum Tode führte. Die Witwe erhielt das Sterbegeld und die erhöhte Witwenrente von zwei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes, da sie invalide war, zugesprochen.

Der Witwe wurde daraufhin von der Berufsgenossenschaft ein Betrag von 3331,11 nachgezahlt, außerdem eine jährliche Rente von 1000 Mk. oder 83,35 Mk. monatlich laufend gewährt.

Diesen Erfolg hatte die Kollegenwitwe nur, weil sich der Verband der Vertretung ihrer Interessen nachdrücklichst annahm. Wie würde es dieser armen Witwe, die vor Gericht kaum ein Wort sagen konnte, ergangen sein, wenn sie nicht den Beistand des Verbandes gehabt hätte. Darum Kollegenfrauen, seht aus diesem Fall, daß der Verband auch euch trefflich nützen kann. Haltet daher in dieser schweren Zeit auch dem Verband die Treue, dann habt ihr gegebenenfalls auch sehr viel vom Verband.

auf den Boden kriechen, über die Mauer klettern und in den Teich springen müssen und die Hunde hinter ihm. Zum Schluß hat sich herausgestellt, daß dieser Mensch ein tschechischer radikaler Abgeordneter war, der auf einen Ausflug in die Laner Wälder gefahren is, wie er vom Parlament genug gehabt hat. Deshalb sag ich, daß alle Menschen Irrtümern unterliegen, daß sie sich irren, obs nun ein Gelehrter oder ein blöder ungebildeter Trottel is. Sogar Minister irren sich.“

(Fortsetzung folgt)